

# OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach langer Debatte hat die EU im Juli erstmals Geld aus außerordentlichen Erträgen aus eingefrorenem russischen Zentralbankgeld eingezogen. Die erste Tranche in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro, die der Zentralverwahrer Euroclear Ende Juli an die EU überwies, fließt zum größten Teil der Europäischen Friedensfazilität zu, die wiederum dazu dient, Waffenkäufe der EU-Länder für die Ukraine zu realisieren. Weitere Erträge sollen auf G7-Ebene zur Finanzierung eines 50-Milliarden-Dollar-Kredits für die Ukraine eingesetzt werden. Die Bundesregierung hofft dadurch eigene Haushaltsmittel einsparen zu können und hat in ihrem Etat-Entwurf für 2025 die deutschen Ukraine-Hilfen von 7,4 auf vier Milliarden Euro gekürzt.

Unterdessen läuft in Deutschland eine Debatte zur bisherigen Bilanz der Wirtschaftssanktionen: Namhafte Experten, die teilweise dem Bundeswirtschaftsministerium zuarbeiten, sehen für die russische Wirtschaft allenfalls langfristige Effekte. Aktuell profitiere Russland sogar eher von den Sanktionen und dem Exodus westlicher Unternehmen und könne dank weiter sprudelnder Einnahmen aus Öl- und Erdgasexporten seine eigene (Kriegs-)Wirtschaft ankurbeln. Unter anderem wird deshalb gefordert, härter gegen die russische Schattenflotte vorzugehen und den Ende 2022 eingeführten Ölpreisdeckel von 60 auf 30 Dollar abzusenken.

Laut einer russischen Studie haben sich von 300 großen internationalen Investoren aus westlichen Ländern fast zwei Drittel zum Weggang aus Russland entschlossen. Parallel dazu seien chinesische Unternehmen mit einem Anteil von elf Prozent zu den führenden ausländischen Akteuren auf dem russischen Markt aufgestiegen.

Diese und weitere Sanktionsmeldungen aus den vergangenen vier Wochen haben wir im neuen Ost-Ausschuss-Update wieder für Sie zusammengefasst. Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Anregungen und wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit!

OA-Update 2024/10  
Stand: 30. Juli

## Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### Online - Briefing zum 14. Sanktionspaket

Am 19. Juli ging es in einer neuen Ausgabe des Ost-Ausschuss Online-Formats „Business for Business – Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“ um die Anwendung des 14. Sanktionspaket der EU gegen Russland und die erweiterten EU-Belarus-Sanktionen. Rund 90 Interessierte schalteten sich zu. Die Rechtsanwälte Ole Jochen Melchior und Richard Happ (beide Partner bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH) erläuterten kompetent die wichtigsten, rechtlichen Neuregelungen für Unternehmen und beantworteten zahlreiche Fragen, etwa zur Anwendung der No-Russia-Clause bei Vertragspartnern in Drittländern sowie zu neuen Sorgfaltspflichten auch für ausländische Tochterunternehmen zur Vermeidung von Sanktionsumgehung. André Scholz (Managing Partner bei RSP International) analysierte die jüngsten Maßnahmen in Russland, zu denen neben neuen Personensanktionen auch eine starke Erhöhung der so genannten Exit-Tax bei der Veräußerung von Unternehmen auf bis zu 20 Prozent gehört. Kritik wurde an Neuregelungen der EU laut, die eigentlich als Unterstützung europäischer Unternehmen in Schadensersatzverfahren vor russischen Gerichten gedacht sind. Die russische Regierung hatte zuletzt verfügt, dass einheimische Unternehmen Vertragsklauseln, nach denen Gerichtsverfahren vor ausländischen Arbitrage-Gerichten durchzuführen sind, ignorieren und vor russische Gerichte ziehen können. Die juristische Antwort der EU darauf wurde als kaum anwendbar und wenig wirksam eingestuft.

Mitglieder des Ost-Ausschusses, die die Veranstaltung verpasst haben, können die drei Präsentationen bei Jens Böhlmann, [j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de) anfordern.

-----

### Russland-Handel weiter stark rückläufig

Die deutschen Exporte in die 29 Zielländer des Ost-Ausschusses in Mittel- und Osteuropa sind in den ersten fünf Monaten 2024 gegen den allgemeinen Trend um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Verantwortlich für das leichte Exportwachstum waren vor allem die deutschen Lieferungen nach Polen, die um fast 2,3 Milliarden Euro zulegten, aber auch deutlich höhere Exporte nach Ungarn und in einzelne Länder Südosteuropas. Nach Polen wurde zwischen Januar und Mai 2024 sogar mehr exportiert als nach China. Die deutschen Lieferungen in die Ukraine stiegen um sechs Prozent, die Importe von dort sogar um ein Viertel. In der Rangfolge der deutschen Außenhandelspartner lag die Ukraine im Monat Mai erneut vor Russland, das im deutschen Außenhandel weiter an Bedeutung verlor. Die deutschen Exporte dorthin sanken in den ersten fünf Monaten um 25 Prozent, die Importe aus Russland um fast 60 Prozent.

Hier die aktuellen Handelstabellen:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

-----

## Einblicke in die Black-Box Russland

Russland ist weniger eine Black-Box, als viele denken. Trotz zunehmend autoritärer und repressiver Strukturen veröffentlicht die russische Bürokratie noch Datenmaterial, aus dem sich ein recht umfassendes Bild der Entwicklung des Landes herauslesen lässt. Diese Kernbotschaft vermittelte Jekaterina Schulmann bei Ihrem Vortrag am 10. Juli in der Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle. Rund 20 Personen im Saal und 70 Interessierte, die online zugeschaltet waren, nutzten die Gelegenheit, die Forschungsergebnisse der prominenten russischen Politikwissenschaftlerin und Publizistin live zu verfolgen und anschließend ins Gespräch zu kommen. Schulmann lebt seit April 2022 überwiegend in Deutschland, ist Richard von Weizsäcker Fellow bei der Robert Bosch Academy sowie Nonresident Scholar am Carnegie Russia Eurasia Center in Berlin und betreibt einen Youtube-Kanal mit 1,2 Million Abonnenten, die sie regelmäßig über Geschehnisse in Russland informiert. Moderiert wurde die Veranstaltung von Seiten des Ost-Ausschusses von Regionaldirektorin Christiane Schuchart und dem Leiter für Public Affairs Andreas Metz.

Der Kreml vermeide in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und angesichts des massiven Stimmungseinbruchs im Zuge der ersten Teilmobilisierung 2022 bewusst zu große Lasten für die Bevölkerung, erläuterte Schulmann. Gleichzeitig sei anhand von Daten erkennbar, dass die finanziellen Spielräume des Landes angesichts der ausufernden Kosten des Krieges und immer geringerer personeller Ressourcen geringer würden. Die jüngst beschlossenen Erhöhungen der Unternehmenssteuern und die Anhebung der Einkommenssteuern seien eine deutliche Zäsur. Auch der demografische Wandel sei ein Faktor, der auf Dauer die Kriegsführung beeinflussen und zu einer Schwächung der Wirtschaft führen könne. „Kriege enden nicht mit dem letzten Rubel, der ausgegeben wird“, ermutigte Schulmann dazu, durchaus auf Veränderungen in Russland und unter den russischen Eliten zu hoffen.

Hier der vollständige Bericht zur Veranstaltung:

[Einblicke in die Black-Box Russland | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wer den Vortrag von Jekaterina Schulmann verpasst hat oder am dazugehörigen Datenmaterial interessiert ist, der findet die Präsentation unter dem folgenden Link:

[Regime stability and the dynamics of public opinion July 2024.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

## 2. Deutschland

---

### **Sanktionsstatistik: Fast 2000 Ermittlungsverfahren seit Februar 2022, aber nur wenige Verurteilungen**

Der Südwestrundfunk hat eine Umfrage bei den Justizministerien der Länder, den Staatsanwaltschaften und der Bundesanwaltschaft durchgeführt, um eine Statistik über die jüngsten Sanktionsverfahren in Deutschland zu erstellen. Die überwiegende Mehrheit davon soll sich auf russische und belarussische Sanktionen beziehen, aber auch die Durchsetzung anderer Regime wird berücksichtigt.

Folgende Ermittlungsverfahren sind demnach in den einzelnen Bundesländern eingeleitet worden:

Sachsen - 451 Ermittlungen

Bayern - 448 Ermittlungen

Hessen - 406 Ermittlungen

Hamburg - 161 Ermittlungen

Schleswig-Holstein - 112 Ermittlungen

Brandenburg - 107 Ermittlungen (davon 38 eingestellt)

Bremen - 103 Ermittlungen

Baden-Württemberg - 90 Ermittlungen (davon 44 eingestellt)

Rheinland-Pfalz - 73 Ermittlungen (davon 50 eingestellt)

Saarland - 21 Ermittlungen

Mecklenburg Vorpommern - 9 Ermittlungen

Thüringen - 7 Ermittlungen

Das sind insgesamt 1.988 Ermittlungsverfahren, die seit dem 24. Februar 2022 durchgeführt wurden. Für die Bundesländer Niedersachsen und Anhalt wurden laut Südwestrundfunk keine Daten gemeldet, so dass diese Zahl nicht vollständig ist.

Gegenstand von Ermittlungen ist der Umfrage zufolge öfter die Lieferung von Waren, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können – so genannte Dual-use-Güter. Die Staatsanwaltschaft Hamburg berichtet etwa von der Lieferung von „Universalschaltkreisen und Kondensatoren“, die Händler aus dem Ausland bezogen und von Deutschland aus weiterverkauft hätten. Auch von Kraftfahrzeugen, etwa von hochpreisigen Mercedes-Modellen, die aus Deutschland exportiert wurden und auf russischen Verkaufsportalen landeten, berichten die Ermittler. In Thüringen transferierte eine „beschuldigte Person“ Geld nach Russland, mit der eine Firmenniederlassung finanziert werden sollte. Über Umwege landete es bei der von der EU sanktionierten russischen Sberbank.

Daneben haben beispielsweise unerlaubte Rechtsberatungen, der Verkauf eines Pferdes im Wert von 9.500 Euro und die Ausfuhr teurer Luxusgüter wie eine Damenhandtasche der Marke Louis Vuitton die Behörden beschäftigt. Auch vermeintliche Bagatelldelikte wie der Verkauf von Kosmetikartikeln oder die Lieferung von Kerzenfarben nach Moskau landeten auf dem Tisch der Ermittler.

Eine Vielzahl von Fällen haben die Staatsanwaltschaften laut Südwestrundfunk inzwischen eingestellt, etwa wegen Geringfügigkeit oder mangels Beweisen. Das rheinland-pfälzische Justizministerium etwa berichtet, in dem Bundesland seien von den 79 geführten Verfahren rund 50 eingestellt worden. In Brandenburg sind es 38 von 107. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat nach eigenen Angaben bisher 44 von 52 geführten Verfahren eingestellt und führt dies unter anderem darauf zurück, dass es bei den Beschuldigten häufig an Vorsatz fehle, weil sie sich „in einem Irrtum über die Reichweite des Russland-Embargos“ befanden oder weil in manchen Fällen nur eine geringe Schuld feststellbar sei. Ein typischer Fall sei, dass ein Mitarbeiter einer Firma zwar rechtswidrig Ware nach Russland verkaufe, daraus aber keinen eigenen finanziellen Vorteil ziehe. Dadurch fehle ein Tatmotiv. In solchen Fällen könne eine Unternehmensgeldbuße wegen Organisationsmängel in Betracht kommen.

Aus den Ermittlungen resultierten allerdings auch mehrere Strafbefehle und erste Verurteilungen. Ende Juli hatte das Oberlandesgericht Stuttgart einen Mann wegen der Lieferung von Elektronikbauteilen für militärisches Gerät nach Russland zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten verurteilt. Unterstützt wurde er von seiner damaligen Lebensgefährtin, die eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten bekam (siehe Meldung am Ende des Kapitels). Im September 2023 hatte das Landgericht Koblenz einen Mann zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, weil er zwischen 2015 und 2021 Motoren und Installationsteile nach Russland lieferte, die auch für militärische Zwecke genutzt werden konnten. Bereits seit 2014 gelten entsprechende Sanktionen.

In der neuen Erhebung wird von mindestens 176 laufenden Ermittlungen berichtet, obwohl viele Regionen keine Angaben zu den laufenden Ermittlungen gemacht haben.

[Verstöße gegen EU-Sanktionen - Report Mainz - ARD | Das Erste](#)

-----

### **Dekoder, MitOst, Zygar - Russland geht weiter gegen Personen und Einrichtungen aus Deutschland vor**

Am 20. Juni 2024 wurde die deutsche Nichtregierungsorganisation MitOst von der russischen Generalstaatsanwaltschaft zu einer „unerwünschten Organisation“ erklärt. Das russische Justizministerium bestätigte diese Entscheidung am 10. Juli 2024. Die Liste der unerwünschten Organisationen des russischen Justizministeriums umfasst derzeit 176 Namen, darunter viele deutsche Organisationen der Zivilgesellschaft und der Forschung.

Die Einstufung als „unerwünscht“ bedeutet, dass sich russische Staatsbürger strafbar machen, wenn sie mit einer gelisteten Organisation innerhalb oder außerhalb Russlands zusammenarbeiten. Jede Zusammenarbeit, sei es bei Veranstaltungen, Projekten oder Publikationen, kann mit Geld- und im Wiederholungsfall mit Freiheitsstrafen geahndet werden. MitOst wurde in den 1990er Jahren von Alumni der Robert Bosch Stiftung gegründet und setzt sich für den Kulturaustausch zwischen Deutschland, Osteuropa und Schwellenländern in Afrika und Asien ein und fördert in den Ländern eine starke Zivilgesellschaft.

Bereits am 31. Mai 2024 wurde das mehrfach mit dem Grimme-Preis prämierte deutsche Online-Medium dekoder zu einer sogenannten „unerwünschten Organisation“ erklärt. dekoder gibt deutschen Leserinnen und Lesern einen Einblick in den Diskurs der unabhängigen Journalistinnen und Journalisten aus Russland und Belarus und vernetzt Wissenschaft und Journalismus über die Grenzen hinweg. Russischsprachige Leserinnen und Leser bekommen auf [dekoder.org/ru](https://dekoder.org/ru) verlässliche Informationen über Deutschland, Europa und Belarus – ohne Zensur der staatsnahen russischen Medien. Berichterstattung, Hintergründe, Debatten und Vernetzung, die nicht unter der Kontrolle des Staates stehen, werden vom Regime in Moskau offensichtlich als Bedrohung wahrgenommen.

Weitere prominente Organisationen aus Deutschland, die Russland auf diese Weise sanktioniert hat, sind die politische Stiftungen von SPD, CDU und Grüne, das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOIS, die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde DGO sowie das Zentrum für eine Liberale Moderne LibMod.

Für die Redaktion von dekoder kam die Einstufung durch die russische Staatsanwaltschaft nach eigener Einschätzung nicht unerwartet. Viele Redaktionen, deren Texte dekoder in Übersetzung veröffentlicht, seien inzwischen selbst als „ausländische Agenten“ oder „unerwünschte Organisationen“ eingestuft. Die meisten von ihnen arbeiteten seit Beginn des vollumfänglichen Angriffskrieges auf die Ukraine im Exil. „dekoder wird alles in seiner Macht Stehende tun, um Autorinnen, Autoren und Kontaktpersonen, die sich noch in Russland aufhalten, zu schützen“, heißt es in einer Erklärung von Seiten der Redaktion.

Ein Gericht in Moskau hat Ende Juli zudem den bekannten russischen Journalisten Mikhail Zygar in Abwesenheit zu achteinhalb Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Zygar, der seit Februar 2022 in Berlin lebt, soll sich dem Urteil zufolge der wissentlichen Verbreitung falscher Informationen über die russische Armee schuldig gemacht haben. Zygar schreibt seit Kriegsbeginn eine wöchentliche Kolumne für den Spiegel. Sollte er in das Land zurückkehren, werde er direkt in die Strafkolonie überführt, hieß es nun. Die Anklage geht den Angaben zufolge auf einen Instagram-Beitrag aus dem Jahr 2022 zurück, in dem Zygar über Verbrechen der russischen Streitkräfte in der ukrainischen Stadt Butscha berichtet hatte.

[Presseerklärung: dekoder „unerwünscht“ in Russland | dekoder | DEKODER | Journalismus aus Russland und Belarus in deutscher Übersetzung](#)

[Russland: SPIEGEL-Kolumnist Mikhail Zygar in Abwesenheit verurteilt - DER SPIEGEL](#)

[MitOst – Citizenship in Action](#)

-----

## **Bundesregierung aktualisiert Genehmigung für Unternehmenssoftware und Dienstleistungen**

Die Bundesregierung hat am 18. Juli die Allgemeingenehmigung Nr. 42 für die Bereitstellung von Unternehmenssoftware und -dienstleistungen aktualisiert. Die EU verbietet den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe und die Ausfuhr von Software für die

Verwaltung russischer Unternehmen (Artikel 5n(2b) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014). In Anwendung der EU-Ausnahmeregelung in Artikel 5n(10(h)) hat Deutschland die Allgemeingenehmigung Nr. 42 aktualisiert, um den Verkauf, die Lieferung, die Übertragung oder die Ausfuhr von Unternehmenssoftware und Dienstleistungen an russische Unternehmen, die Tochtergesellschaften von Unternehmen mit Sitz in der EU oder in Partnerländern sind, zu erlauben. Die Laufzeit wurde bis 31. Dezember 2025 verlängert.

[BAFA - Außenwirtschaft - Allgemeine Genehmigung Nr. 42 – Bereitstellung von Unternehmenssoftware und Dienstleistungen an nicht sensitive Empfänger](#)

-----

### **Deutsche Debatte über Wirkung der Wirtschaftssanktionen**

Eine eher ernüchternde Bilanz der Wirkung der EU-Sanktionen gegen Russland zieht der Deutschlandfunk in einem ausführlichen Analyse-Stück, in dem deutsche Sanktionsexperten von Forschungseinrichtungen zu Wort kommen. Die politischen Ziele der Sanktionen, Russland entscheidend zu schwächen und damit auch den Krieg gegen die Ukraine zu beenden, seien bislang verfehlt worden, heißt es in der Reportage. „Auch unter deutlich stärkeren wirtschaftlichen Effekten von Sanktionen hätten wir dieses Ziel nicht erreicht“, wird der Politikwissenschaftler Alexander Libman von der Freien Universität Berlin zitiert. „Sanktionen sind bekannt für extrem unvorhersagbare und schwache politische Wirkungen.“ Grundsätzlich sei die russische Wirtschaft in überraschend gutem Zustand. Es gebe keine Anzeichen für einen wirtschaftlichen Kollaps, so Libmann. Das liege an zwei Faktoren. Der erste: „Größere staatliche Militärausgaben führen dazu, dass die inländische Nachfrage steigt und auch die Löhne steigen.“ Das stärke wiederum auch die private Nachfrage. Der zweite Faktor: Weil viele westliche Firmen Russland verlassen haben, hätten sich Marktnischen geöffnet, die nun russische Unternehmen besetzten.

Auch eine neue Studie von Forschungsinstituten in Kiel, München und Wien im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums kommt zu dem Ergebnis, dass die Sanktionen den Krieg nicht aufhalten könnten. Nach Ansicht von Vasily Astrov, Russland-Experte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, hätten westliche Politiker ihren Einfluss auf die Drittländer überschätzt. Im vergangenen Jahr wuchs die russische Wirtschaft um 3,6 Prozent, für dieses Jahr ist ein Plus von über drei Prozent prognostiziert.

Fachleute meinen jedoch, dass dieses Wachstum nicht nachhaltig ist. Die russische Wirtschaft gelte als überhitzt: Es fehlten Arbeitskräfte, die Löhne seien massiv gestiegen, dadurch auch der Konsum, wodurch wiederum die Preise stiegen. Die Inflation liege deshalb bei acht Prozent. Die russische Zentralbank sah sich deshalb gezwungen, den Leitzins im Juli von 16 Prozent auf 18 Prozent anzuheben.

Benjamin Hilgenstock von der DGAP sieht durchaus Wirkungen der Sanktionen: „Die Sanktionen funktionieren sehr wohl“, sagt er. „Wenn man sich zum Beispiel Russland im Jahr 2023 anguckt: Der Handelsbilanz-Überschuss war etwa 200 Milliarden Dollar kleiner als im Vorjahr. Das macht für makroökonomische Stabilität und auch für politischen

Spielraum einen ganz dramatischen Unterschied. Genauso die Tatsache, dass die russische Zentralbank auf Reserven von 300 Milliarden Dollar nicht zurückgreifen kann.“

Probleme mit der Durchsetzung von Sanktionen gebe es im Energiesektor. Russland könne dort weiterhin erhebliche Einnahmen generieren. Dasselbe geschehe durch Exportkontrollen, die umgangen würden. Probleme für Russland sieht Vasily Astrov bei der Erschließung von Erdgasvorkommen in Sibirien und der Arktis und bei der Produktion von Flüssiggas (LNG). In diesen Bereichen seien die Russen auf westliche Hochtechnologien angewiesen und ein erschwerter Zugang könnte gravierende Folgen haben – allerdings nur langfristig, für zehn Jahre oder noch länger, was für den Kriegsverlauf wahrscheinlich keine Rolle mehr spielen werde.

Die Wirksamkeit der Sanktionen werde reduziert, weil große Volkswirtschaften weiterhin Geschäfte mit Russland machten. Das Land verkaufe nach wie vor Öl unter anderem nach China und Indien. Allerdings musste es auch niedrigere Verkaufspreise hinnehmen. Russland habe nach wie vor Zugang zu Technologiegütern dank China, Indien, einigen arabischen Staaten und weiteren Ländern.

Für eine Verschärfung der Sanktionen sieht Libman von der FU-Berlin nicht viel Potenzial. Erstens weil China und Indien sie wahrscheinlich nicht mittragen würden, zweitens weil unklar ist, wen die Sanktionen treffen, sowohl in Russland als auch im Westen. Dennoch ist Libman nicht dafür, sie abzuschaffen – denn damit würde man ein Zeichen setzen, dass der Westen weniger entschlossen sei. „Sanktionen haben auch noch andere wichtige Funktionen“, betont laut Deutschlandfunk auch Julia Grauvogel, Sprecherin des Forschungsteams Interventionen und Sicherheit am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) in Hamburg. „Sie bekräftigen Völkerrecht, sie bekräftigen internationale Normen. Das ist nicht nur Symbolpolitik, sondern das ist wichtig.“ Grauvogel: „Sanktionen funktionieren besser im Stadium der Androhung.“ Sie funktionierten besser gegen kleine, wirtschaftlich schwächere Länder – und auch gegen Demokratien.

Die vollständige Radio-Reportage aus der Reihe „Der Rest ist Geschichte“ mit dem Titel „Sanktionen – Wenn Staaten strafen“ können Sie hier anhören (44 Minuten):

[Russland: Wirtschaftswachstum trotz Sanktionen \(deutschlandfunk.de\)](https://www.deutschlandfunk.de/russland-wirtschaftswachstum-trotz-sanktionen-10177777.html)

-----

### **Studie: Sanktionen wirken nur schleichend**

Die Sanktionen gegen Russland nach Beginn der vollständigen Invasion in der Ukraine haben die Kriegsführungsfähigkeit Russlands bisher nur wenig beeinträchtigt. Zu diesem Schluss kommt ein Forschungsprojekt von vier renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten in Kiel, München und Wien im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums.

„Die Wirtschaft des Landes wächst angesichts des Rüstungsbooms momentan kräftig, allerdings wirken die Sanktionen langfristig wie ein schleichendes Gift“, sagte dazu Vasily Astrov, Russland-Experte des an der Studie beteiligten Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw).



Die Erhebung listet verschiedene Indikatoren im Zeitverlauf auf, wie etwa das russische Bruttoinlandsprodukt, die Inflationsrate, Leitzinsen und die Industrieproduktion auf. Beginnend ab dem Jahr 2021 werden diese Zahlenreihen als Infografiken bis zum April 2024 in dem Bericht dargestellt. Die Institute haben das Datenmaterial zur Lage der russischen Wirtschaft auf einem Dashboard veröffentlicht: [Russia Monitor - Overview – Key Indicators \(wiiw.ac.at\)](https://www.wiiw.ac.at/russia-monitor-overview-key-indicators)

„Wir versuchen mit unserem Sanktionen-Monitor, ein möglichst realistisches Bild der Folgen der Sanktionen zu zeichnen und die Entwicklung der russischen Wirtschaft so präzise wie möglich zu analysieren“, erklärt Astrov weiter.

### **Volkswagen soll in Russland 177 Millionen Euro Schadensersatz zahlen**

Angesichts der Sanktionen gegen Russland wegen des Ukrainekriegs beendete VW 2022 die Zusammenarbeit mit dem russischen Auto- und Lkw-Hersteller Gaz. Dieser verklagte den Wolfsburger Konzern daraufhin auf Schadensersatz. Ein Gericht in Nischni Nowgorod an der Wolga hat Volkswagen nun zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 16,9 Milliarden Rubel (rund 177 Millionen Euro) verurteilt, die an Gaz gezahlt werden sollen, wie VW mitteilte. „Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor“, sagte ein Konzernsprecher laut Spiegel-Online. „Wir werden die Urteilsgründe prüfen und bewerten, um zu entscheiden, welche weiteren rechtlichen Schritte wir ergreifen.“

Gaz hatte die Klage Anfang 2023 eingereicht – und VW-Vermögen einfrieren lassen. In der Gaz-Fabrik in Nischni Nowgorod waren mehrere Modelle der VW-Kernmarke sowie der tschechischen Tochter Skoda zusammengebaut worden. Den Angestellten hatte VW bei seinem Rückzug aus Nischni Nowgorod eine Abfindung angeboten. Die Produktion war – wie im VW-eigenen Werk in Kaluga 150 Kilometer südwestlich von Moskau – bereits Monate zuvor eingestellt worden. VW hatte bereits kurz nach dem Angriff auf die Ukraine die Fertigung in den damals zwei Fabriken in Russland im März 2022 ausgesetzt. Auch der Export von Fahrzeugen in das Riesenland war für alle Konzernmarken gestoppt worden.

Das Werk in Kaluga verkaufte VW dann im Mai 2023 an die Handelsgruppe Ailon. Nach Angaben von Volkswagen zog Gaz danach eine seiner beiden Schadensersatzklagen zurück. Nicht so jedoch die zweite, über die nun das Gericht in Nischni Nowgorod entschied. Gaz hatte in dem Verfahren ursprünglich 28,5 Milliarden Rubel verlangt.

[VW: Russisches Gericht verurteilt Volkswagen zu 177 Millionen Euro Schadensersatz an Ex-Partner Gaz - DER SPIEGEL](#)

### **Sanktionierte Schiffe ankern weiterhin in deutschen Häfen**

Trotz der Sanktionen gegen Russlands Handelsflotte erreichen weiterhin zahlreiche Schiffe aus dem Land deutsche Seehäfen und Schleusen, dies berichtet Spiegel-online.

Seitdem die Europäische Union wegen des Angriffs auf die Ukraine Schiffe unter russischer Flagge gesperrt hat, hat Deutschland in 132 Fällen Ausnahmegenehmigungen von dieser Vorschrift erlassen. Das teilte laut Spiegel das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mit. 2022 durften demnach 80, vergangenes Jahr 38 und seit Jahresbeginn 14 russische Schiffe die Bundesrepublik anlaufen. Zum Vergleich: 2021, vor Inkrafttreten der Sanktionen, gab es 365 Ankünfte in deutschen Häfen.

Die Ausnahmen für die insgesamt rund 2800 Schiffe starke russische Flotte betreffen überwiegend Kauf, Einfuhr und Transport landwirtschaftlicher Produkte wie Düngemittel, Lebensmittel oder medizinisch-pharmazeutischer Waren. Genehmigungen gebe es auch für Rohstoffe oder chemische Erzeugnisse. Viele Ausnahmen behandelten zudem den Nord-Ostsee-Kanal, der Schleswig-Holstein etwa in der Mitte teilt.

Benjamin Hilgenstock, Sanktionsexperte an der privaten ukrainischen Kyiv School of Economics, kritisierte gegenüber dem Spiegel die Genehmigungen. „Wir sind nicht auf das angewiesen, was auf diesem Weg aus Russland kommt“, sagte er. Die sieben führenden Industrienationen (G7) halten hingegen die Ausnahmen für notwendig.

Neben den russischen Schiffen, die deutsche Schleusen und Häfen ansteuern, gebe es laut Spiegel noch eine ganze Reihe weiterer Schiffe, die trotz Sanktionen weiterhin viel Geld in Moskaus Kriegskasse fahren – oft auch unter der Flagge eines anderen Landes. Schätzungen von Allianz Commercial zufolge geht es bei dieser Schattenflotte um 600 bis 1400 Schiffe, die bis nach Asien fahren, um dort im Westen sanktioniertes Öl zu verkaufen. Aktuell prüft Dänemark zusammen mit weiteren Ländern Möglichkeiten, die Durchfahrt maroder Tanker mit russischem Öl durch die Ostsee einzuschränken. Was genau geplant ist, ist allerdings unklar. Das jüngste, Ende Juni beschlossene 14. Sanktionspaket gegen Russland sieht spezifische Sanktionen für einzelne Schiffe vor, die zur Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine beitragen. Brüssel hatte hierzu zunächst 27 Schiffe in eine entsprechende Liste aufgenommen.

---

## **Strafen für Sanktionsverstöße**

Ein Gericht in Deutschland hat nach Informationen der Kyiv Post und des Spiegel einen Geschäftsmann mit deutsch-russischer Doppelstaatsbürgerschaft sowie seine Partnerin verurteilt, weil sie unter Verstoß gegen die Sanktionen Elektronik für militärische Zwecke an russische Unternehmen verkauft hat. Der 59-jährige Mann hatte zwischen Januar 2020 und Mai 2023 120.000 militärisch nutzbare Teile nach Russland geliefert. Der Betrüger versuchte, die Verkäufe an russische Unternehmen zu verschleiern, indem er Dokumente für Bestimmungsorte wie Hongkong und die Türkei verwendete. Darunter befanden sich Teile, die in der Orlan-10-Drohne verwendet werden, die das russische Militär im Krieg in der Ukraine einsetzt.

Gegen den Bauausrüster Dieseko Group BV, der illegal am Bau der Krim-Brücke beteiligt war, wurde zudem eine Geldstrafe von fast 1,8 Millionen Euro (1,96 Millionen Dollar) verhängt. In den Jahren 2015 und 2016 verkaufte das Unternehmen Anlagen und zugehörige Elemente für den Bau der Krim-Brücke und entsandte Fachleute zu der Anlage, um technische Unterstützung zu leisten.

[German Company Heller Tools Violated Sanctions by Selling to Russians \(kyivpost.com\)](https://www.kyivpost.com/news/germany/heller-tools-violated-sanctions-by-selling-to-russians)

[Illegale Exporte an Russland: Paar wegen Lieferung von Drohnenteilen verurteilt - DER SPIEGEL](https://www.spiegel.de/wirtschaft/illegaler-handel/illegaler-handel-an-russland-paar-wegen-lieferung-von-drohnteilen-verurteilt-a-1148112)

-----

**Russische Kunden fehlen wegen Sanktionen:  
Jobverluste in den deutschen Werkstätten Dresden**

„Durch den Wegfall wohlhabender Russen als Kundengruppe werden derzeit weniger Megayachten gebaut“, erklärten die Deutschen Werkstätten in einer Mitteilung. Für rund 100 Beschäftigte der Dresdner Unternehmensgruppe Deutsche Werkstätten im Stadtteil Hellerau bedeutet das womöglich den Verlust des Jobs. Das Unternehmen beschäftigt aktuell insgesamt 424 Menschen. Etwa ein Viertel der Gesamtbelegschaft sei aktuell also von Entlassung bedroht. Der Standort Hellerau sei auf den Ausbau besagter Megayachten ausgerichtet, so die Erklärung der Deutschen Werkstätten. Wegen der Sanktionen „gegen wohlhabende russische Bürger“ sei diese »vormals sehr präzente Kundengruppe weggefallen“. Dies betreffe insbesondere auf das »Spitzensegment« von Schiffen mit mehr als 100 Metern Länge zu. Russische Milliardäre hätten ihre Schiffe etwa bei der Bremer Lürssen-Werft bestellt, für die die Deutschen Werkstätten Hellerau immer wieder Aufträge ausgeführt hätten, erfuhr der Mitteldeutsche Rundfunk MDR. An anderen sächsischen Standorten des Unternehmens würden die Produktionskapazitäten unverändert aufrechterhalten, teilten die Deutschen Werkstätten mit.

### 3. Europäische Union

---

#### **EU zweigt erstmals außerordentliche Erträge aus russischem Zentralbankgeld für Ukraine ab**

Das in Belgien ansässige Clearinghaus Euroclear hat angekündigt, dass es im Juli 2024 1,55 Mrd. EUR an Gewinnen aus den auf eingefrorenen russischen Vermögenswerten aufgelaufenen Zinsen überweisen wird. Dies folgt auf eine EntschlieÙung des Europäischen Parlaments, in der die EU aufgefordert wird, die Erträge aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten an die Ukraine weiterzuleiten. Am 26. Juli bestätigte auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf der Plattform X die Nutzung der ersten Tranche der außerordentlichen Zinserträge für die Ukraine. „Die EU steht an der Seite der Ukraine. (...) Es gibt kein besseres Symbol oder Nutzen für das Geld des Kremls, als die Ukraine und ganz Europa zu einem sichereren Ort zum Leben zu machen“, schrieb von der Leyen.

Bereits am 15. Februar 2024 entschied die EU, dass außerordentliche Erträge aus der Verwaltung eingefrorener russischer Zentralbankgelder von Zentralverwahrern wie Euroclear getrennt verbucht werden müssen, um sie später der Ukraine zugänglich zu machen. Die außerplanmäßigen Zinserträge kommen dadurch zustande, dass erzielte Zinsen und andere Einnahmen nicht an die russische Zentralbank ausgezahlt werden, sondern eingefroren bleiben und weiter reinvestiert werden. Nach Angaben von Euroclear belaufen sich diese außerordentlichen Erträge seit dem Stichtag nach Steuern auf 1,7 Milliarden Euro. Euroclear wird daraus zu Ende Juli eine erste Zahlung von 1,55 Milliarden Euro an den Europäischen Fonds für die Ukraine leisten. Der Rest der Gewinne im Zusammenhang mit den sanktionierten Vermögenswerten werde als Risikovorsorge etwa für anstehende gerichtliche Auseinandersetzungen mit Russland zurückgelegt. Insgesamt verwahrt Euroclear nach eigenen Angaben russisches Zentralbankgeld in Höhe von 173 Milliarden Euro.

Das abgeführte Geld aus außerordentlichen Erträgen geht allerdings nicht direkt an die Ukraine, sondern fließt zu 90 Prozent in den Topf der Europäischen Friedensfazilität, aus dem Rüstungslieferungen von EU Ländern wie Deutschland oder Tschechien an die Ukraine finanziert werden. Die restlichen zehn Prozent sollen für direkte Finanzhilfen für die Ukraine genutzt werden. Diese Aufteilung ist notwendig, da etwa Ungarn eine Beteiligung an Rüstungslieferungen ablehnt.

Nach Kommissionsangaben sind insgesamt rund 210 Milliarden Euro der russischen Zentralbank in der EU als Strafmaßnahme gegen Russland wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine eingefroren. Das in Brüssel ansässige Finanzinstitut Euroclear hatte zuletzt mitgeteilt, 2023 rund 4,4 Milliarden Euro an Zinsen eingenommen zu haben.

Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal begrüßte laut Deutschlandfunk den Schritt als einen bedeutenden Beitrag zur Verteidigung und zum Wiederaufbau seines Landes. Der Kreml hatte die EU-Pläne bereits im Mai als „Enteignung“ kritisiert und angekündigt, es werde im Falle einer Überweisung an die Ukraine rechtliche Schritte einleiten. In Russland läuft laut Kommersant bereits eine Debatte über eine spiegelbildliche Maßnahme von russischer Seite als Reaktion. „Theoretisch ist es möglich, eine Art von bedingt gespiegelter Rechtskonstruktion zu erfinden“, wird der Anwalt Artem Kasumyan zitiert.

Sollte Russland Vergeltungsmaßnahmen einleiten, wäre es denkbar, dass dann auch in Russland tätige Unternehmen aus EU-Ländern zwangsenteignet werden, schreibt der Deutschlandfunk. Zudem könnte eine direkte Nutzung der russischen Vermögenswerte auch dazu führen, dass andere Staaten und Anleger das Vertrauen in den europäischen Finanzplatz verlieren und Vermögen aus der EU abziehen.

Die Bundesregierung hatte mit Verweis auf die anstehenden Überweisungen aus den außerordentlichen Zinserträgen für die Europäische Friedensfazilität bereits ihre Ukraine-Hilfen im Haushalt 2025 um rund vier Milliarden Euro halbiert.

Sergey Glandin, Rechtsanwalt und Partner bei BGP Litigation, erklärte laut einem Bericht im russischen Kommersant: „Die EU-Behörden haben das Recht, von ihren Zentralverwahrern wie Euroclear zu verlangen, dass sie nicht-operative Einnahmen zur Unterstützung der Ukraine verwenden. Dieser Mechanismus habe jedoch einen Haken. Das Geld werde in den so genannten Friedensfonds überwiesen, könne aber nur unter einer Bedingung für den einen oder anderen Zweck verwendet werden: Alle 27 EU-Mitgliedstaaten müssen einstimmig für den entsprechenden Beschluss stimmen. Tatsächlich wird die Europäische Friedensfazilität bereits seit längerem von Ungarn blockiert (siehe auch Bericht unten).

Ebenfalls mit Hilfe der außerordentlichen Zinserträge wollen die G7-Staaten einen 50-Milliarden-Dollar-Kredit für die Ukraine finanzieren. Dazu laufen aktuell weiter die Vorbereitungen. Bis Herbst will man sich auf die Ausgestaltung der Konditionen geeinigt haben.

Euroclear ist innerhalb der EU der größte Zentralverwahrer von russischem Zentralbankgeld. Es gibt aber weitere Verwahrer. Alle Verwahrer, die mehr als eine Million Euro an russischem Geld verwalten, müssen ab sofort halbjährlich die außerordentlichen Erträge an die EU überweisen. 0,3 Prozent der Erträge dürfen die Verwahrer für ihre eigenen Kosten verwenden, darüber hinaus können sie aber 10 Prozent für Rückstellungen etwa für Gerichtsverfahren (gegen Russland) als Risikovorsorge einbehalten. Bleiben diese Mittel ungenutzt, müssen sie zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls an die EU zugunsten der Ukraine

Verordnung zur Abschöpfung der außerordentlichen Zinserträge im EU-Amtsblatt: [Verordnung \(EU\) 2024/1469 des Rates vom 21. Mai 2024 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren \(europa.eu\)](#)

Informationen zur Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility): [Europäische Friedensfazilität - Consilium \(europa.eu\)](#)  
[epf-new-implementing-rules.pdf \(europa.eu\)](#)

Presseberichte:

[Euroclear continues momentum with strong first half year results - Euroclear](#)  
[EU gibt Erlöse aus russischem Vermögen für die Ukraine frei – DW – 26.07.2024](#)

[Какую сумму с доходов от замороженных активов РФ перечислят Украине \(kommersant.ru\)](#)

---

## **Neues EU-Parlament fordert Ausweitung der Sanktionen**

Europäisches Parlament fordert EU zur Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte in erster Resolution nach den Wahlen auf. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP) haben einen Entschließungsentwurf angenommen, der die Ukraine unterstützt und die EU auffordert, die in der EU eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Laut der Resolution sollte die EU der Ukraine alles zur Verfügung stellen, was sie braucht, um den Krieg mit Russland zu gewinnen. Das Dokument fordert die EU außerdem auf, die Sanktionspolitik gegen Russland und Belarus auszuweiten. Bei der Verabschiedung der Resolution stimmten 495 Abgeordnete dafür, 137 dagegen und 47 enthielten sich.

Das Dokument sieht die Verteilung von russischen Vermögenswerten als Mittel für den Wiederaufbau der Ukraine und die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer der Feindseligkeiten vor. Russland sollte verpflichtet werden, die ihm auferlegten Reparationszahlungen zu leisten, um zu garantieren, dass es einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leistet, heißt es in einem Auszug aus der Resolution auf der Website des Europäischen Parlaments.

---

## **EU diskutiert über unbefristete Verlängerung der Sanktionen gegen russische Zentralbank**

Die Europäische Union diskutiert laut einem Bericht der Financial Times (FT), den der russische Kommersant zusammengefasst hat, über eine unbefristete Verlängerung der Sanktionen gegen russisches Staatsvermögen. Der Zeitung zufolge soll dieser Schritt dazu beitragen, die Bedenken der USA hinsichtlich der geplanten Verwendung von Geldern der russischen Zentralbank zur Finanzierung eines 50-Milliarden-Dollar-Kredits an die Ukraine zu zerstreuen. Dabei geht es um den europäischen Anteil an den Vermögenswerten der russischen Zentralbank im Wert von 260 Milliarden Euro. Dieser Schritt würde den G7-Partnern ein Höchstmaß an Vorhersehbarkeit“ in Bezug auf die Rückzahlung des ukrainischen Kredits bieten, so die Zeitung. Der Plan der EU sieht vor, das Darlehen mit Gewinnen aus russischen Vermögenswerten zurückzuzahlen.

Wie demnach die FT anmerke, sei das Fehlen einer solchen Vorhersehbarkeit zu einem ernsthaften Hindernis für die Zustimmung der USA zu dem Darlehen geworden“. Antirussische EU-Sanktionen werden in der EU üblicherweise alle sechs Monate verhängt und müssen dann einstimmig verlängert werden. Dieser Mechanismus hat bei den EU-Verbündeten die Befürchtung geweckt, dass das Darlehen nicht vollständig zurückgezahlt werden könnte, zumal Ungarn wiederholt bei EU-Sanktionen blockiert hatte.

Zwei europäischen Beamten zufolge könnte die Europäische Kommission, falls die Länder des Bündnisses eine Verlängerung der Sanktionen nicht unterstützen, zunächst einen größeren Teil des Kredits auszahlen, bis zu 40 Milliarden Euro. Der Anteil des Kredits

könnte dann auf einen niedrigeren Betrag angepasst werden, sobald andere Länder die notwendigen Verpflichtungen eingegangen sind.

Im Mai genehmigte die EU die Verwendung eines Großteils der Erlöse aus den von Russland blockierten Vermögenswerten zur Unterstützung der Ukraine. 90 Prozent der Gewinne werden über den Europäischen Friedensfonds verteilt, weitere 10 Prozent gehen an den EU-Haushalt zur Verteilung im Rahmen eines langfristigen Hilfsprogramms für Kiew (siehe Bericht zu Beginn des Kapitels). Auch Japan wird der Ukraine 3,3 Milliarden Dollar aus den Erlösen der eingefrorenen russischen Vermögenswerte zur Verfügung stellen.

[FT: послы ЕС обсудят «бессрочную иммобилизацию» активов российского ЦБ – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

-----

### **Ungarn blockiert erneut EU-Fonds für Waffenbeschaffung in der Ukraine**

Die Außenminister der EU-Länder haben auf dem letzten Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ in Brüssel erneut keine Einigung über die Freigabe der Europäischen Friedensfazilität (EFF) erzielt, die zur Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine verwendet wird. Dies berichtete Josep Borrell, Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, auf einer Pressekonferenz, wie die Ukrainska Pravda berichtet

Borrell erklärte, dass die Minister beim Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ über die Notwendigkeit diskutiert hätten, die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken, insbesondere in Anbetracht der jüngsten russischen Angriffe auf ukrainische Krankenhäuser. Die Diskussion betraf unter anderem die Freigabe der Mittel der Europäischen Friedensfazilität (EPF), die zum Ausgleich der Ausgaben der EU-Länder für die Militärhilfe für die Ukraine verwendet werden.

„Die meisten Mitgliedstaaten bestanden auf der Notwendigkeit, die seit Monaten, ja seit einem Jahr bestehende Blockade dieser Zahlung aufzuheben. Gleichzeitig betonten sie die Wichtigkeit der Entscheidung, einen neuen Hilfsfonds für die Ukraine einzurichten, der von einem Mitgliedsstaat seit mehr als einem Jahr blockiert wird“, so Borrell.

Auch wenn Borrell das Land nicht nannte, ist bekannt, dass Ungarn die Zuweisung von mehr als sechs Milliarden Euro für die militärische Unterstützung der Ukraine aus dem EPF blockiert. Dies geschieht trotz der Tatsache, dass Budapest die Zusage erhalten hat, Ungarns Beitrag zur Europäischen Friedensfazilität würde nicht für militärische Hilfe für die Ukraine verwendet werden.

[Hungary once again blocks EU fund used for arms procurement for Ukraine | Ukrainska Pravda](#)

[Press conference \(europa.eu\)](#)

-----

## **Anpassung von Artikel 12 und weiterer FAQ**

Im Rahmen des 14. EU-Sanktionspakets gegen Russland hat die EU Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates, das Verbot der Umgehung von Sanktionen, ergänzt. Darauf weist Globalsanctions.com hin. Bislang hieß es zu Beginn von Artikel 12: „Es ist untersagt, wissentlich und absichtlich an Aktivitäten teilzunehmen, mit denen die Umgehung von Verboten dieser Verordnung bezweckt oder bewirkt wird.“

Jetzt heißt es in Artikel 12: „Es ist untersagt, wissentlich und vorsätzlich an Aktivitäten teilzunehmen, mit denen die Umgehung von Verboten dieser Verordnung bezweckt oder bewirkt wird, einschließlich der Teilnahme an solchen Aktivitäten, ohne dass damit bewusst ein solcher Zweck oder eine solche Wirkung angestrebt wird, aber in dem Bewusstsein, dass die Teilnahme einen solchen Zweck oder eine solche Wirkung haben kann, und unter Inkaufnahme dieser Möglichkeit.“

[CL2014R0833DE0230020.0001.3bi\\_cp 1..2 \(europa.eu\)](#)

Angepasst wurde auch die FAQ zur so genannten No-Russia Clause, Artikel 12g:

[“No re-export to Russia” clause - European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU ergänzte zudem FAQ in Bezug auf Chemikalien und zentrale Sicherheitsverwahrungsstellen.

[Publications - European Commission \(europa.eu\)](#)

Die konsolidierten FAQ der EU vom 26. Juli finden Sie hier:

[Consolidated version - European Commission \(europa.eu\)](#)

-----

## **Ukrainische Sanktionen unterbrechen Öllieferungen über die Druschba-Pipeline**

Ungarn und die Slowakei erhalten über den südlichen Strang der Druschba-Pipeline kein Rohöl des Unternehmens Lukoil aus Russland mehr, dies berichtet der russische „Kommersant“. Der südliche Zweig der Druschba-Pipeline ist im Gegensatz zum nördlichen Verlauf der Pipeline über Polen nach Deutschland bislang von EU-Sanktionen ausgenommen. Lukoil unterliege aber nunmehr neuen ukrainischen Sanktionen. Andere russische Exporteure seien aber weiterhin von Sanktionen ausgenommen, heißt es im Kommersant. Der ungarische Außenminister Peter Szijjarto bestätigte, dass Kiew den Transport von Lukoil-Öl nach Ungarn aufgrund der Verschärfung der Sanktionen gestoppt hat.

Der Grund, warum gerade dieses Unternehmen betroffen ist, ist unklar, sagt Stanislav Mittrakhovich, ein leitender Wissenschaftler an der Finanzuniversität: „Russland liefert weiterhin den südlichen Zweig der Druschba-Pipeline nach Ungarn, in die Slowakei und in die Tschechische Republik. Dieses Öl fiel keineswegs unter die von der Europäischen Union auferlegten Beschränkungen. Es ist nicht ganz klar, warum die Ukraine es nötig



hatte, den Transit eines bestimmten russischen Unternehmens zu stören. Vielleicht kommen noch einige Details ans Licht.“

Gemäß dem Vertrag mit der ungarischen Ölgesellschaft MOL sollte LUKOIL die Republik bis 2025 mit vier Millionen Tonnen Öl pro Jahr beliefern. Im Rahmen des 11. Sanktionspakets hat die EU die Lieferung von russischem Rohöl über den nördlichen Zweig der Druschba-Pipeline nach Deutschland und Polen vollständig untersagt. Eine Ausnahme wurde für Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei gemacht, die weiterhin über den südlichen Zweig der Pipeline, der durch die Ukraine verläuft, Öl erhalten können.

Das slowakische Regierungsbüro teilte mit, Regierungschef Robert Fico habe mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal telefoniert und ihm gesagt, die Slowakei habe nicht die Absicht, „eine Geisel der ukrainisch-russischen Beziehungen zu sein“. Slovnaft werde 40 Prozent weniger Öl zur Verarbeitung erhalten als benötigt, so die Regierung, was die slowakischen Märkte treffen werde und auch zu einem Stopp der für die Ukraine bestimmten Diesellieferungen von Slovnaft führen könnte. „Die Aufnahme von Lukoil in die Sanktionsliste ist nur ein weiteres Beispiel für sinnlose Sanktionen, die nicht der Russischen Föderation, sondern vor allem einem Mitgliedstaat der Europäischen Union schaden, was inakzeptabel ist“, so Ficos Büro. Der slowakische Premierminister erklärte am 29. Juli, sein Land werde die Diesellieferungen an die Ukraine einstellen. Er macht zur Bedingung, dass Kiew die Öllieferungen des russischen Konzerns Lukoil durch sein Gebiet wiederherstellt. Es sei nicht ausgeschlossen, dass Kiew bald die Lieferungen anderer russischer Exporteure über diese Route stoppen wird, sagt der Öl- und Gasanalyst Michail Krutichin (der in Russland als „ausländischer Agent“ bezeichnet wird). „Wenn die Ukraine beschließt, den Transit vollständig einzustellen, dann ist das ihre Entscheidung. Für alle anderen wird es ein Fall von höherer Gewalt sein, und niemand wird irgendjemandem eine Strafe zahlen, weder die Lieferanten an die Empfänger noch die Empfänger an die Lieferanten.“

Ungarn und die Slowakei haben die Europäische Kommission inzwischen gebeten, ein Konsultationsverfahren mit der Ukraine zu vermitteln, sagte der ungarische Außenminister am 22. Juli. Ungarn erhält jährlich 2 Millionen Tonnen Öl von dem russischen Konzern, etwa ein Drittel seiner gesamten Ölimporte, sagte Außenminister Péter Szijjártó.

[Slovak PM blasts Ukraine's Lukoil sanctions as oil flow stops – Euractiv](#)  
[Hungary and Slovakia ask EU to mediate with Ukraine over Lukoil – Euractiv](#)  
[Slowakei will Diesellieferungen an die Ukraine einstellen – Euractiv DE](#)

-----

## **EU nähert Sanktionsvorschriften an USA an**

Die Europäische Union hat nach Angaben des russischen Mediums RBC ihre Sanktionsvorschriften in Bezug auf die Kriterien für Eigentum und Kontrolle über Unternehmen aktualisiert. Die Arbeitsgruppe der Berater für internationale Beziehungen (RELEX, ein Gremium des Rates der EU) habe sich auf eine Präzisierung der Kriterien für die Bestimmung der Eigentumsverhältnisse und der Kontrolle über ein Unternehmen

geeignet. Infolgedessen können Organisationen, deren Eigentümer versucht haben, sich „aus der Affäre zu ziehen“, unter die Beschränkungen fallen.

Die Änderungen wurden Anfang Juli veröffentlicht. Yuri Shumilov, Gründer der belgischen Anwaltskanzlei YS Advisors und Sanktionsspezialist, weist darauf hin, dass es sich um die erste Überarbeitung des Dokuments nach der vorherigen Version handelt, die 2018 veröffentlicht worden war. Bei den EU Best Practices handele es sich um Empfehlungen für die Durchsetzung von Sanktionen, die von den EU-Institutionen und den zuständigen nationalen Behörden häufig verwendet werden.

Generell gelte: Wenn eine sanktionierte Person (Person oder Einrichtung) eine Einrichtung besitzt oder kontrolliert, unterliegt diese Einrichtung denselben europäischen Sanktionen wie die sanktionierte Person selbst. Die EU habe das Eigentumskriterium wie folgt präzisiert: Eigentum an einem Unternehmen liegt vor, wenn die unterstellte Person 50 Prozent oder mehr des Kapitals besitzt. In der vorherigen Version der EU Best Practices war von einem Anteil von mehr als 50 Prozent die Rede.

Darüber hinaus werde in dem Dokument nun ausdrücklich der Grundsatz formuliert, dass die Beteiligungen mehrerer untergeordneter Personen an einem Unternehmen bei der Feststellung, ob ein solches Unternehmen im Besitz von untergeordneten Personen ist, zusammengerechnet werden sollten. Diese Regel ähnelt dem Grundsatz des Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums. Die US-amerikanische „50 Prozent-Regel“ wurde in ihrer ursprünglichen Fassung im Jahr 2008 eingeführt und besagt, dass eine natürliche oder juristische Person, die auf der Sanktionsliste der „Specially Designated Nationals“ (SDN) steht, automatisch denselben Sanktionen unterliegt, wenn sie 50 Prozent oder mehr an einem Unternehmen hält. Dieser Grundsatz wurde im Jahr 2014 verschärft. Stehen nun mehrere Eigentümer eines Unternehmens gleichzeitig auf der Sanktionsliste, müssen ihre Anteile an dem Unternehmen zusammengezählt werden. Wenn die Summe nicht weniger als 50 Prozent der Anteile beträgt, fällt das Unternehmen automatisch unter die Sanktionen.

„Dieser Grundsatz findet sich bereits in den FAQ der EU-Kommission und wird von den EU-Akteuren aus Vorsichtsgründen häufig angewandt“, so Shumilov. Die FAQs verwendeten jedoch die Formulierung „mehr als 50 Prozent“ der Anteile. Die Klarstellungen der Europäischen Kommission haben beratenden Charakter, nur die Gerichte der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Gerichtshof haben das Recht, eine offizielle Auslegung der antirussischen Sanktionsregelungen vorzunehmen.

Die „EU Best Practices“ seien zudem um Beispiele dafür erweitert worden, was ein Anzeichen für die Kontrolle einer unterstellten Person oder Organisation über ein anderes Unternehmen sein kann. Umfassende Änderungen an der Definition von Kontrolle könnten dazu führen, dass die zuständigen nationalen Behörden in den EU-Mitgliedstaaten Umstrukturierungen von Unternehmensgruppen, an denen unterstellte Personen beteiligt sind, anhand strengerer Kriterien beurteilen, wird ein Experte von RBC zitiert. „Dies könnte zu einer Neubewertung des Status einiger Unternehmen führen, die zuvor nicht als untergeordnet betrachtet wurden, da die untergeordneten Begünstigten und Aktionäre aus ihrem Einflussbereich entfernt wurden.“

-----

### **Keine Einreise mit belarussischen Autokennzeichen**

Nach Lettland und Litauen hat nun auch Estland die Einreise von Fahrzeugen mit belarussischen Kennzeichen verboten, wie die polnische Zeitung „Rzeczpospolita“ laut einem Bericht von Märkte Weltweit Medien schreibt. Das estnische Außenministerium betonte, das Einreiseverbot gelte unabhängig von den Gründen für den Aufenthalt des Fahrzeughalters oder -nutzers in Estland oder der EU. Das estnische Außenministerium fügte hinzu, dass die Entscheidung im Zusammenhang mit der Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Belarus stehe, zu denen auch ein Verbot der Einreise von Fahrzeugen mit belarussischen Kennzeichen in die EU gehöre.

[OID+: Einreiseverbot für Autos mit belarussischen Nummernschildern - ExportManager Online + \(exportmanager-online.de\)](#)

-----

### **EU diskutiert über Sanktionen gegen russischen Fisch**

Einen Großteil des Alaska-Seelachses, der etwa für Fischstäbchen verwendet wird, bezieht Deutschland aus Russland. Doch damit könnte nach Informationen der „Welt“ bald Schluss sein – denn die EU diskutiere über neue Sanktionen. Hersteller suchten nach unkonventionellem Ersatz – doch das gestalte sich schwierig und teuer.

Mit 19 Prozent Anteil am Verzehr von Fischen, Krebs- und Weichtieren sei der Alaska-Seelachs hierzulande der beliebteste Fischeinkauf. Der Wildfisch Alaska-Seelachs stamme aus der Beringsee und dem Golf von Alaska im Nordpazifik. Die Fischgründe gehörten etwa zur Hälfte den USA und Russland. Zwar hat die EU-Kommission bereits im April 2022 im Rahmen des achten Sanktionspaketes die Einfuhr von Krebstieren und Kaviar von russischen Unternehmen verboten. Fisch war davon jedoch nicht betroffen. Nun aber kommt laut Informationen der „Welt“ in der EU die Diskussion um verschärfte Einfuhrverbote auf und diesmal ist auch Frischfisch einbezogen. Angetrieben werde das Thema von den baltischen EU-Staaten. Allen voran beklage die Regierung von Litauen, dass Fischtrawler aus Russland in den Hoheitsgebieten des Landes auf Fischfang gehen. Gefordert werden Gegenmaßnahmen, einschließlich weiterer Exporteinschränkungen beim Fisch. Politikbeobachter erwarten nach der Sommerpause Beratungen dazu in der EU-Kommission.

Laut einer Statistik des europäischen Fisch-Branchenverbandes AIPCE stammten 2022, also nach Beginn des Ukraine-Krieges, mehr als 70 Prozent des in die EU importierten Alaska-Seelachses aus russischem Fang. Aktuell kommen nach Einschätzung des Branchenverbands Fisch-Informationszentrum (FIZ) sogar 85 Prozent des in Deutschland verzehrten Alaska-Seelachses aus Russland. Deutschland sei in der Fischverarbeitung auf den Import angewiesen, weil es hierzulande mit gerade noch sechs Hochseetrawlern kaum noch eine eigene Hochseefischerei gibt, schreibt die „Welt“. „Sollte es zur Aufnahme von Alaska-Seelachs aus Russland in die Sanktionslisten der EU kommen,

könnte dies die Preise für diesen Fisch aus den USA deutlich erhöhen“, sagt Felix Ahlers, Vorstandsvorsitzender des Tiefkühlkostherstellers Frosta. Die wesentlichen Fischverarbeitungsunternehmen in Europa sind Deutsche See sowie Frosta – beide aus Bremerhaven –, Iglo aus dem Konzern Nomad Foods von den Britischen Jungferninseln, Pickenpack aus Lüneburg sowie Greenland Seafood von Sofina Foods aus Kanada.

[Sanktionen: Die Angst vor den Fischstäbchen-Sanktionen gegen Russland - WELT](#)

-----

## **Dokumente & Links zum 14. Sanktionspaket**

Ausführungsbestimmungen zum 14. Sanktionspaket:

[Council Regulation \(EU\) 2024/1745 of 24 June 2024 amending Regulation \(EU\) No 833/2014 concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine \(europa.eu\)](#)

(Deutsche Fassung)

[L\\_202401745DE.000101.fmx.xml \(europa.eu\)](#)

FAQ zum 14. Sanktionspaket:

[Q&A 14th package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Neu gelistete Unternehmen und Personen:

[14th package of sanctions on Russia's war of aggression against Ukraine: EU lists additional 69 individuals and 47 entities - Consilium \(europa.eu\)](#)

[L\\_202401746DE.000101.fmx.xml \(europa.eu\)](#)

Statement des EU-Außenbeauftragten und Übersicht zu den Maßnahmen:

[Russia's war of aggression against Ukraine: comprehensive EU's 14th package of sanctions cracks down on circumvention and adopts energy measures - Consilium \(europa.eu\)](#)

[EU beschließt 14. Sanktionspaket gegen Russland \(europa.eu\)](#)

Informationen der Bundesregierung:

[14. Sanktionspaket gegen Russland | Bundesregierung](#)

## 4. Russland

---

### Westliche Ausländer gehen - Chinesen übernehmen

Ein Ergebnis der sanktionsbedingten Umverteilung des russischen Marktes ist ein starker Anstieg der Einnahmen von in Russland registrierten Unternehmen mit chinesischen Eigentümern. Dies berichtet der russische „Kommersant“. Daten aus Finanzberichten über die Tätigkeit ausländischer Unternehmen in Russland bestätigten laut „Kommersant“, dass die Nutznießer des Rückzugs von Eigentümern aus den sogenannten „unfreundlichen Ländern“ Unternehmen mit chinesischer Beteiligung seien. Bis 2024 hätten diese ihren Umsatz im Vergleich zu 2021 um das 2,5-fache steigern können, errechneten demnach die Analysten von SPARK-Interfax

Demzufolge sind Unternehmen mit chinesischen Eigentümern zu den führenden Akteuren auf dem russischen Markt unter den „Ausländern“ geworden - ihr Anteil an den Gesamteinnahmen der ausländischen Unternehmen erreichte 11 Prozent. Damit hätten Unternehmen aus China die zuvor führenden Unternehmen mit Eigentümern aus Deutschland, den Niederlanden und Zypern in Bezug auf den Umsatz überholt. Auch indische Unternehmen in Russland verzeichneten einen Umsatzanstieg um das 2,5-fache. Der Umsatz von Unternehmen mit Eigentümern aus der GUS stieg ebenfalls erheblich: aus Belarus um 74 Prozent, aus Kasachstan um 47 Prozent, aus Usbekistan um 36 Prozent (zusammen machen sie 8 % des Gesamtumsatzes der Ausländer aus).

Unternehmen mit Eigentümern aus „unfreundlichen“ Ländern machten aber immer noch 60 Prozent der Vermögenswerte und Einnahmen ausländischer Unternehmen in Russland aus. Ende April 2024 gab es in Russland rund 77.000 Unternehmen, deren Eigentümer im Ausland registriert waren. In den letzten Jahren sei die Zahl dieser Unternehmen rapide zurückgegangen. Der Rückgang erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 2019-2021, als die Zahl dieser Unternehmen im Vergleich zu 2018 um 32 Prozent sank. In den Jahren 2022-2023 verlangsamte sich die Abgangsrate jedoch um fast die Hälfte, und in den ersten vier Monaten des Jahres 2024 betrug der Rückgang bereits weniger als 1 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 2023. Daraus folge, dass de facto die meisten ausländischen Unternehmen, die den russischen Markt verlassen wollten, ihn bereits verlassen haben. So haben laut Kept bis Ende 2023 fast zwei Drittel der ausländischen Unternehmen beschlossen, sich aus den russischen Vermögenswerten zurückzuziehen oder waren gezwungen, die Kontrolle über diese zu verlieren, weil sie beschlagnahmt wurden.

Nach Angaben von AK&M gab es im Jahr 2023 97 Transaktionen von Ausländern zum Verkauf russischer Vermögenswerte für 11,14 Milliarden Dollar, im Jahr 2022 - 109 Transaktionen für 16,31 Milliarden Dollar. AK&M erklärt den Rückgang der Anzahl und des Volumens der Transaktionen mit zwei Faktoren - der gesetzlichen Erschwerung des Ausstiegs ausländischer Investoren (einschließlich des Präsidialdekrets, das Transaktionen mit ausländischen Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen verbietet) und der Übertragung ausländischer Vermögenswerte unter vorübergehender Verwaltung „ohne rechtliche Enteignung, aber mit der tatsächlichen Entfremdung der früheren Eigentümer von der Verwaltung und Nutzung“. Das Finanzministerium berichtete, dass ein Unterausschuss der Regierungskommission für Auslandsinvestitionen eine große Anzahl von Transaktionen für den Verkauf russischer Vermögenswerte durch

ausländische Unternehmen im Jahr 2024 prüfe, deren Umfang jedoch immer bescheidener werde.

Unternehmensjuristen weisen darauf hin, dass der Prozess des Ausscheidens ausländischer Unternehmen nach wie vor schwierig ist und dass sich die Durchsetzungspraxis noch nicht entwickelt hat - der Erfolg eines jeden Geschäfts hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, unter anderem von der Höhe des Rabatts beim Verkauf ausländischer Unternehmen. Andrei Tsyganov, stellvertretender Leiter des Föderalen Antimonopoldienstes (FAS), merkte auf dem Antimonopolforum im Juni 2024 an, dass, obwohl die Zahl der Ausstiegsgeschäfte ausländischer Investoren in die Tausende geht, jedes Geschäft einzigartig ist und es nutzlos ist, sich auf frühere zu beziehen: eine einheitliche Praxis bildet sich nur im technischen Teil der Prüfung von Anträgen heraus.

Die Tatsache, dass sich das Ausstiegfenster schließt, wird durch die zusammenfassenden Daten von Kept (der früheren russischen KPMG) bestätigt. Von 300 großen russischen juristischen Personen mit Muttergesellschaften in „unfreundlichen“ Ländern haben sich demnach fast zwei Drittel dazu entschlossen, Russland zu verlassen, oder sie haben durch die Beschlagnahmung von Vermögenswerten die Kontrolle verloren, schreibt die Agentur. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 gab es 62 Transaktionen zum Ausstieg von Ausländern aus dem russischen Geschäft, im gleichen Zeitraum des Jahres 2023 waren es 54 und 2024 nur 31.

[«Недружественные» собственники потеряли в выручке больше, чем в активах \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

## **Weitere Repressionen gegen ausländische Organisationen und Medien**

Russland will noch stärker gegen ausländische Organisation vorgehen. Das russische Parlament, die Duma, stimmte in erster Lesung dafür, dass das Gesetz gegen „unerwünschte“ ausländische Organisationen ausgeweitet werden soll. So soll es künftig auf jede ausländische Organisation angewendet werden können, deren „Gründer oder Teilhaber staatliche Organe eines ausländischen Staates“ sind, berichtet Spiegel-online.

Bisher gelte das Gesetz, das sich Kritikern zufolge gegen oppositionsnahe Institutionen richtet, nur für ausländische Nicht-Regierungsorganisationen. Das Gesetz könnte künftig unter anderem auf die in Russland bereits de facto verbotene Deutsche Welle angewendet werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten noch vor Beginn des Ukrainekriegs ihre Akkreditierungen abgeben müssen.

Wie etwa die „Moscow Times“ berichtet, könnten die Auswirkungen des Gesetzes auch weitere staatlich unterstützte Medien wie die BBC oder Radio Free Europe treffen. Und damit möglicherweise auch die ARD, die ein Studio in Moskau betreibt.

Der Parlamentsabgeordnete und Gesetzes-Mitautor Wasily Piskaryow sagte russischen Medien: „Jede Organisation, die gegen unser Land arbeitet, sollte als unerwünscht

erkannt und abgelehnt werden.“ Gesetzeslücken, die dies verhinderten, müssten geschlossen werden.

Der Status „unerwünscht“, für den das Justizministerium verantwortlich ist, zwingt Organisationen, ihre Tätigkeit in Russland einzustellen. Die Leiterinnen und Leiter einer solchen Organisation können mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft werden. Jede Art von Mitarbeit kann eine Haftstrafe von vier Jahren nach sich ziehen.

Russland hat in den vergangenen Jahren – vor allem seit Beginn des Kriegs – knapp 200 Nichtregierungsorganisationen verboten. Zu den bekanntesten zählen die Naturschutzorganisationen Greenpeace und WWF sowie die Menschenrechtsorganisation Memorial. Auch unabhängige Medien wie Medusa wurden verboten, jahrelang in Russland tätige deutschen Parteienstiftungen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Heinrich-Böll-Stiftung ebenso.

[Russland – Deutsche Welle: Gesetz nimmt ausländische Organisationen ins Visier - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Russland sanktioniert japanische CEO**

Das russische Außenministerium hat laut einem Bericht der Japan Times 13 japanischen Top-Managern für eine Einreise nach Russland gesperrt. Zu ihnen gehören auch die CEOs von Toyota und des Handelsriesen Rakuten. Der Schritt sei eine Vergeltungsmaßnahme für die Sanktionen, die Japan seit dem 23. Februar 2022 in mehreren Stufen gegen Russland verhängt hat. Insgesamt sind damit bereits über 460 japanische Staatsbürger für eine Einreise nach Russland gesperrt – größtenteils Mitglieder von Regierung und Parlament. Dass nun auch Wirtschaftsvertreter auf der russischen Sanktionsliste stehen, sei ungewöhnlich, bemerkt die Japan Times aus Tokyo.

[Toyota chairman and 12 other Japanese executives banned from entering Russia - The Japan Times](#)

-----

### **Putin segnet Steuererhöhungen ab**

Im Bemühen um zusätzliche Einnahmen zur Finanzierung der Offensive in der Ukraine hat Russlands Präsident Wladimir Putin Gesetzesänderungen unterzeichnet, die Steuererhöhungen in Milliardenhöhe vorsehen. Dies berichtet die Berliner Zeitung. Putin unterschrieb demnach am 12. Juli eine Reihe von Änderungen des Steuergesetzes, die unter anderem eine Erhöhung der Einkommenssteuersätze für Spitzenverdiener sowie der Körperschaftssteuer für Unternehmen vorsehen. Die Erhöhungen bringen nach Schätzungen des russischen Finanzministeriums umgerechnet rund 27 Milliarden Euro pro Jahr ein. Die Pläne waren im Mai vom Finanzministerium vorgestellt worden. Anfang Juli wurden die Gesetzesänderungen vom Parlament verabschiedet.

Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 haben die Staatsausgaben die Einnahmen deutlich überschritten. Russland verzeichnete 2023 ein Haushaltsdefizit von umgerechnet etwa 33 Milliarden Euro, was in etwa zwei Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Für das laufende Jahr wird ein Defizit von etwa 1,1 Prozent erwartet.

[Russland: Wladimir Putin erhöht Steuern zur Finanzierung der Ukraine-Offensive \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/russland/wladimir-putin-erhoehet-steuern-zur-finanzierung-der-ukraine-offensive)

### **Unruhe am russischen Finanzmarkt**

Die russische Zentralbank hat laut einer Meldung der russischen Zeitung Vedomosti am 15. Juli die Veröffentlichung von Daten zum außerbörslichen Devisenmarkt eingeschränkt. Ab sofort gebe es keine Statistiken zum täglichen Handelsvolumen mit Dollar, Euro und chinesischem Yuan mehr. Die monatliche Statistik sei aber nicht betroffen. Im Juni hatten die USA Sanktionen gegen die Moskauer Börse verhängt. Seitdem nutzte die russische Zentralbank die täglichen Daten zum außerbörslichen Devisenhandel, um die Kurse der Fremdwährungen festzusetzen. Den Publikationsstopp der Daten verstehen Experten als Schutzmaßnahme vor den westlichen Sanktionen. Sie hätten Rückschlüsse darüber erlaubt, welche ausländischen Banken und Unternehmen in Russland aktiv sind

Unterdessen hat die russische Zentralbank den Leitzins von 16 auf 18 Prozent angehoben, um die weiter ansteigende Inflation in den Griff zu bekommen. Analysten der größten russischen Privatbank Alfa-Bank halten jetzt sogar einen Leitzins von 20 Prozent bis Ende 2024 für vorstellbar.

### **SZ: Russlands Rohstoffeinnahmen liegen weiterhin auf hohem Niveau**

Laut dem finnischen Forschungszentrum für Energie und saubere Luft (CREA) hat Russland seit Beginn des Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022 mit dem Verkauf von Öl, Gas und Kohle ins Ausland rund 707 Milliarden Euro eingenommen. Auch die bisherige Rekordsumme von 100 Milliarden Euro für seine Militärausgaben 2024 könne sich Putin daher problemlos leisten, kommentiert die SZ. Allein im Juni 2024 habe Russland wieder 20 Milliarden Euro eingenommen, weil die Sanktionen von EU, USA und den G-7-Ländern erhebliche Lücken aufwiesen.

Verflüssigtes Erdgas etwa komme auf Schiffen ebenso problemlos weiter nach Europa wie Erdgas, das durch die Turkstream-Pipeline in die Türkei nach Griechenland, die westlichen Balkanländer und Ungarn oder durch die Pipeline durch die Ukraine in die Slowakei, nach Österreich und indirekt auch in die Tschechische Republik fließt. Beide Varianten seien bisher nicht von Sanktionen erfasst. Russland habe zudem seine Flotte an Schiffen ausgebaut, die verflüssigtes Erdgas (LNG) transportieren können, so ein Report des Zentrums für die Studie der Demokratie (CSD) in Sofia.



Tatsächlich sei die Einfuhr russischen Erdgases in die EU im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um gut ein Viertel gestiegen. Allein dies spülte dem Kreml knapp neun Milliarden Euro in die Kasse, so eine CREA-Analyse für Juni 2024. Auch russisches Rohöl dürfe durch einen südlichen Abzweig der sogenannten Druschba-Pipeline weiter nach Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik fließen. Allein die fünf größten Abnehmer in der EU (die Slowakei, Belgien, Spanien, Frankreich und Italien) zahlten Moskau im Juni so 920 Millionen Euro.

Oft führt der weitere Transport über die Türkei, die ihre Einfuhr russischen Öls weit über den eigenen Bedarf hinaus vervielfacht habe – und zum „Re-Export-Knotenpunkt“ für russisches Öl wird, so CREA. Allein von Februar 2023 bis Februar 2024 etwa habe die EU Ölprodukte für drei Milliarden Euro aus drei türkischen Häfen (Ceyhan, Marmara Ereğlisi und Mersin) importiert, die keine eigenen Raffinerien haben und 86 Prozent ihrer Ölprodukte aus Russland einführen, so ein weiterer CSD-Bericht.

England wiederum zahlte Russland 2023 rund eine halbe Milliarde Euro für Flugbenzin: Das Öl dafür wurde zuerst in türkische Häfen und von dort weiter in drei Raffinerien in Indien transportiert, bevor es einem CREA-Report zufolge als raffiniertes Flugbenzin an fünf Empfänger in England geliefert wurde.

Dem Zentrum zufolge wird ein Drittel des gesamten russischen Öls von Schiffen transportiert, die in England versichert sind. In der Summe habe Großbritannien Russland allein durch die Importe von russischen Ölprodukten 2023 rund 145 Millionen britische Pfund Steuergelder in die Kasse gebracht – was mehr als einem Viertel der gesamten humanitären Hilfe Englands an die Ukraine entspreche.

Die Sanktionsexperten von CSD oder CREA plädieren für schärfere Sanktionen und einen deutlich niedrigeren Preisdeckel für russisches Öl auf dem Weltmarkt:

- Anstelle eines Preisdeckels von 60 Dollar halten die CREA-Experten laut SZ angesichts russischer Förderkosten von lediglich 15 Dollar pro Fass eine Halbierung des Höchstpreises auf 30 Dollar für sinnvoll.
- Der Import von Rohöl und Raffinerieprodukten wie dem im Fall Englands erwähnten Flugbenzin solle ebenso vollständig verboten werden wie der Import russischen Flüssiggases in die EU.
- Langfristige Verträge mit dem russischen Staatskonzern Gazprom sollten beendet und zudem sichergestellt werden, dass Gazprom nicht wie oft zuvor über Zwischenhändler und Tarnfirmen operieren könne, so das CSD.
- Gegen Sanktionen verstoßende Schiffe sollten nicht nur 90 Tage vom Anlaufen oder von der Bedienung in europäischen Häfen ausgeschlossen werden, sondern für immer.
- Zudem solle etwa die EU bei ihren Zollregeln klar festlegen, dass bei Herkunftsdokumenten versichert werden müsse, dass keinerlei russisches Öl verwendet wurde.
- Inspektoren sollten in der Sicht der CREA-Experten dafür das Recht haben, Tanker auf See zu kontrollieren und dort auch chemische Tests zu unternehmen, mit denen die Eigenschaften von Öl oder Raffinerieprodukten getestet und eine Verwendung russischen Öls nachgewiesen werden könne.

- Wer gegen Sanktionen verstoße, solle als Schmuggler behandelt, die entsprechenden Schiffe noch auf See beschlagnahmt werden.

Nach Angaben des Informationsdienstes Kpler haben die russischen Ölgesellschaften ihre Ölexporte auf dem Seeweg (ESPO) im Juli auf einen Rekordwert von 945 Tausend Barrel pro Tag gesteigert, dies berichtet das russische Wirtschaftsmedium RBC. Das Hauptvolumen fiel demnach traditionell auf China, aber auch Indien erhöht seine Käufe. Nach den Daten vom 23. Juli, erreichte die durchschnittliche tägliche Verschiffung der russischen Premiumsorte aus dem Fernosthafen Kozmino 945 Tausend Barrel pro Tag, was 10% höher ist als im Juni und 7,6 Prozent höher als im Juli 2023.

Den Daten zufolge haben die Exporte von ESPO auf dem Seeweg bisher ein Rekordtempo erreicht. Der bisherige Höchststand wurde im April mit 936.000 bpd erreicht. Dabei könnte die Zahl noch steigen, räumt Victor Katona, Leiter der Ölmarktanalyse bei Kpler, ein. „Wenn wir uns auf das ursprüngliche Lieferprogramm konzentrieren, waren die Ölexporte aus Kozmino im Juli in einer Größenordnung von 4,2 Millionen Tonnen geplant, was 1,01 Millionen Barrel pro Tag entspricht“, stellt er fest.

Mit einem Anteil von 83 Prozent entfällt traditionell der größte Teil der Juli-Exporte auf China. Im Juli lieferten russische Unternehmen 786.000 Barrel pro Tag ESPO-Öl aus Kozmino auf den chinesischen Markt, das sind 10 Prozent mehr als im Vormonat. Zur gleichen Zeit, im Frühjahr, lagen die Lieferungen konstant über 800.000 bpd.

Insgesamt besteht die Tendenz, dass die ESPO-Exporte nach Indien zunehmen, nachdem die Lieferungen von russischem Premium-Öl in dieses Land im Februar und März unterbrochen wurden. Katona schätzt, dass im April drei Öllieferungen aus Kozmino nach Indien gingen, im Mai vier, im Juni sechs und im Juli bisher fünf.

-----

### **Gasimporte aus Russland in die EU nehmen wieder zu**

Obwohl sich die EU von russischem Gas unabhängig machen will, nehmen die Importe von dort wieder zu. Das zeigen Daten des Analyseinstituts ICIS, die das Handelsblatt ausgewertet hat. Demnach importierte die EU im Mai 2024 rund 30 Prozent mehr Erdgas aus Russland als im September 2022.

Im Vergleich zu der Zeit vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine sind die Gasimporte aus Russland damit immer noch gering: Während die EU im Mai 2021 rund 15 Milliarden Kubikmeter von dort importierte, waren es im Mai 2024 nur 4,8 Milliarden Kubikmeter. Im Vergleich zu den 3,7 Milliarden im September 2022 ist das aber trotzdem ein deutlicher – und vor allem konstanter – Zuwachs.

Erste EU-Staaten stellen bereits Projekte in Frage, mit denen Europa seine Gasimporte eigentlich diversifizieren wollte. So soll eines von mehreren geplanten LNG-Terminals in Griechenland nun doch nicht realisiert werden.

[EU-Unabhängigkeitsziel: Gasimporte aus Russland steigen wieder \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

## Sprudelnde Öleinnahmen dank Indien

Die Einnahmen aus Öl- und Gasverkäufen für den russischen Föderalhaushalt sind in der ersten Jahreshälfte 2024 aufgrund steigender Ölpreise und des schwächeren Rubels im Vergleich zum Vorjahr um rund 41 Prozent auf umgerechnet 65,12 Milliarden Dollar gestiegen, wie Daten des russischen Finanzministeriums zeigen, die Reuters ausgewertet hat. Die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor sind die wichtigste Einnahmequelle des Kremls und machten in den letzten zehn Jahren etwa ein Drittel bis die Hälfte der gesamten Haushaltseinnahmen aus. Der militärische Konflikt in der Ukraine hat den Westen dazu veranlasst, zahlreiche Sanktionen zu verhängen, um die russischen Öl- und Gaseinnahmen zu drosseln. Unter anderem wurde ein Ölpreis-Deckel für den Verkauf von russischem Rohöl in Höhe von 60 Dollar eingeführt. Doch die Wirkung wird zunehmend fraglich.

In der ersten Jahreshälfte lag der Preis für die wichtigste russische Ölsorte Urals Blend im Durchschnitt bei 69,1 Dollar pro Barrel und damit über der vom Westen auferlegten Preisobergrenze, während er im gleichen Zeitraum 2023 noch 52,5 Dollar betragen hatte. Gleichzeitig schwächte sich der Rubelkurs im Zeitraum Januar - Juni 2023 von 77 Rubel auf 90,8 pro Dollar ab.

Für das Jahr 2024 insgesamt rechnet die Regierung mit föderalen Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf in Höhe von 10,7 Billionen Rubel, das sind 21 Prozent mehr als 2023, als schwächere Ölpreise und ein Rückgang der Gasexporte die Einnahmen um 24 Prozent reduzierten. Die Lieferungen von russischem Ural-Rohöl nach Indien erreichten im Juni mit 1,6 Mio. Barrel pro Tag (bpd) erneut einen historischen Höchststand, wie aus dem Bericht des Analyseunternehmens Kpler hervorgeht, über den das russische Wirtschaftsportal RBC berichtet. Gleichzeitig wiesen die indischen Importe von russischem Öl im Juni das zweithöchste Ergebnis in der Geschichte der Beobachtungen auf - 2,13 Millionen Barrel pro Tag. Höher war es nur im Mai 2023, als es 2,15 Millionen bpd betrug.

Unterdessen berichtete Reuters Ende Mai unter Berufung auf vier Quellen, dass Reliance einen Jahresvertrag mit Rosneft über den Kauf von mindestens 3 Millionen Barrel Öl pro Monat, hauptsächlich der Sorte Ural, in Rubel unterzeichnet habe. Die Umstellung auf Zahlungen in Rubel mit ausländischen Partnern sei eine Reaktion Russlands auf die westlichen Sanktionen, hieß es in dem Bericht. Gleichzeitig „litten“ die saudischen Mengen am meisten unter dem Anstieg der russischen Öllieferungen, so Kpler. Zur Bestätigung: "Die Importe aus Saudi-Arabien beliefen sich im Juni auf nur 430.000 bpd, den niedrigsten Stand seit Januar 2014". Der Hauptgrund ist der Preisunterschied: Während Urals mit einem Abschlag von 3 bis 4 Dollar pro Barrel gegenüber der Sorte aus Dubai verkauft wird, wird mittelschwefelhaltiges Rohöl aus Saudi-Arabien mit einem Aufschlag von etwa 3 Dollar pro Barrel verkauft. Der Unterschied zwischen den beiden Sorten beträgt also 6-7 \$.

[Russian oil and gas revenue soars 41% in first half, data shows | Reuters](#)

[Индия импортировала рекордный объем нефти Urals в июне — РБК \(rbc.ru\)](#)

---

## Sanktionen gegen Öltanker zeigen angeblich erste Wirkung

Dutzende von Tankern, die zuvor russisches Öl transportiert haben, sind aufgrund der von den USA, dem Vereinigten Königreich und Europa verhängten Sanktionen leer und liegen still. Wie die US-Nachrichtenagentur Bloomberg nach Angaben des russischen Kommersant berichtet, liegen die Tanker in der Ostsee und im Schwarzen Meer, in der Nähe von Wladiwostok, in chinesischen Werften und vor der Küste Südkoreas still.

Seit Oktober 2023 sind insgesamt 53 russische Tankschiffe mit Sanktionen belegt worden. 41 von ihnen gehören zur Klasse der Öl- und Ölproduktentanker. Das sind etwa 7,5 Prozent der Schiffe, die seit Anfang 2023 Rohstoffe aus Russland transportieren. Fast alle Öltanker haben seither keine Ladung mehr aufgenommen. Drei Schiffen gelang es jedoch, den Treibstoff abzuholen, dann versuchten sie laut Bloomberg, ihren Standort zu verbergen, indem sie die Ortungssysteme ausschalteten. Im Mai schrieb Bloomberg bereits über russische Öltanker, die aufgrund von Sanktionen stillgelegt wurden. Damals wurde berichtet, dass nur ein Tanker namens „SKF Primorye“ in der Lage war, seine Ladung im Hafen abzuholen und nach Asien zu fahren. Ende Juni verabschiedete die Europäische Union das 14. Sanktionspaket gegen Russland. Zu den restriktiven Maßnahmen gehörten Sanktionen gegen 27 Schiffe der Schattenflotte", die zur Umgehung der Preisobergrenze für Öl und Ölprodukte eingesetzt werden.

Westliche Beamte sind laut einem Bericht der Financial Times zunehmend zuversichtlich, dass die Verhängung von Sanktionen gegen einzelne Tanker effektiver sein wird, als den Fokus auf die Unternehmen zu lenken, die die Schiffe besitzen oder betreiben, die Moskau zur Umgehung der westlichen Beschränkungen für den Ölverkauf einsetzt.

[Bloomberg: десятки российских нефтетанкеров простаивают из-за санкций – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/news/1018734)

---

## Russische Schattentankerflotte auch für LNG

Russlands LNG-Exporte haben für die russische Kriegswirtschaft an Bedeutung gewonnen. Obwohl es derzeit kein Verbot für russisches LNG nach Europa gibt, hat sich Moskau offenbar bereits auf künftige Beschränkungen vorbereitet. Seit dem zweiten Quartal 2023 seien mehr als 50 LNG-Schiffe in den Besitz von Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten übergegangen, schreibt das Wirtschaftsportal „Business for Ukraine“ (B4Ukraine). Einige der neu erworbenen LNG-Schiffe führen nun auf Routen, die traditionell für den Transport von Gas aus Russland genutzt werden. Um Russlands Krieganstrengungen zu stoppen, müsse die EU die bestehenden Sanktionslücken schließen und den Fluss von russischem Gas nach Europa unterbinden, einschließlich eines vollständigen Embargos für russisches LNG bis Ende 2024.

## **Norilsk Nickel weicht wegen Sanktionen Richtung China aus**

Der russische Rohstoffkonzern Norilsk Nickel (Nornickel) ist laut Informationen von Reuters mit China Copper in Gesprächen, um ein Joint Venture zu gründen, das es dem russischen Bergbaugiganten ermöglichen würde, seine gesamte Kupferverhüttungsbasis nach China zu verlagern. Sollte der Schritt gelingen, wäre dies Russlands erste Verlagerung einer inländischen Anlage, seit die USA und Großbritannien den Metallbörsen verboten haben, neues Aluminium, Kupfer und Nickel aus russischer Produktion anzunehmen. Dies bedeutet auch, dass das Kupfer von Nornickel in dem Land produziert wird, in dem es am meisten verbraucht wird.

Nornickel hatte im April mitgeteilt, dass es seine Anlage in der Arktis schließen und mit einem ungenannten Partner eine neue Anlage in China bauen wolle. Nornickel lehnte eine Stellungnahme ab. Chinalco und China Copper reagierten nicht auf Anfragen per E-Mail und Telefon. Der Verlagerungsplan des Unternehmens kam kurz nachdem die Londoner Metallbörse, das größte und älteste Metallforum der Welt, im April neue Beschränkungen für den Verkauf seiner Produkte angekündigt hatte. Nornickel und seine Produkte unterliegen nicht den US-amerikanischen oder europäischen Sanktionen, aber viele westliche Verbraucher kaufen seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine kein Metall russischen Ursprungs mehr.

[Exclusive: Nornickel in talks with China Copper to move smelting plant to China, sources say | Reuters](#)

## **WIPO nimmt trotz EU-Sanktionen weiterhin russische Markenmeldungen entgegen**

Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), eine UN-Agentur, nimmt über ihr internationales Büro weiterhin alle Anträge auf Eintragung geistigen Eigentums entgegen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Wohnsitz der Antragsteller. Dies geht aus der Antwort des WIPO-Pressedienstes auf eine Anfrage des russischen Wirtschaftsmediums RBC hervor, ob das von der Europäischen Union verhängte Verbot der Annahme solcher Anträge von Russen für die Patentämter der EU-Länder die Arbeit der Organisation beeinflussen wird. Als Verwalterin des WIPO-Übereinkommens und der Verträge, die die genannten Systeme begründen, „respektiert die Organisation stets die Bestimmungen“ der genannten Dokumente und wird allen Mitgliedstaaten und Nutzern ihrer Dienstleistungen im Bereich des geistigen Eigentums weiterhin zur Verfügung stehen, betonte demnach die Pressestelle der WIPO. Ende Juni verpflichtete die Europäische Union im Rahmen des 14. Sanktionspakets die Europäischen Ämter für den Schutz des geistigen Eigentums und die nationalen Patentämter der EU-Mitgliedstaaten, keine neuen Anträge auf Eintragung von Gegenständen des geistigen Eigentums (Patente, Marken, gewerbliche Muster, Gebrauchsmuster, geografische Angaben) von russischen natürlichen und juristischen Personen mehr anzunehmen, auch nicht, wenn die Anträge von Ausländern zusammen mit Russen eingereicht werden.

[ВОИС продолжила прием российских заявок на бренды на фоне санкций ЕС — РБК \(rbc.ru\)](#)

### **Pompeo skizziert US-Plan zur Beendigung des russische Krieges in der Ukraine**

Mike Pompeo, US-Außenminister in der Trump-Administration, hat in einem Gastbeitrag für das Wall Street Journal, aus dem die Frankfurter Rundschau berichtet, skizziert, auf welche Weise unter einer neuen Amtszeit von Donald Trump der russische Krieg in der Ukraine beendet werden könnte. Dazu nennt der frühere TOP-Diplomat sieben wesentliche Punkte, die Russland den Krieg erschweren und an den Verhandlungstisch bewegen sollen. Auch schärfere Sanktionen gegen russische Banken gehören dazu. Hier die einzelnen Punkte:

- „Amerikas Energiepotenzial entfesseln“, um so die US-Wirtschaft anzukurbeln, die Preise zu senken und Putins Budget für dessen Krieg schrumpfen zu lassen.
- Die USA sollen ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien und Israel weiter ausbauen und gegen den Iran zusammenzuarbeiten, um den Nahen Osten zu stabilisieren und die Gaza-Krise zu entschärfen. Dies würde den Saudis die Möglichkeit geben, gemeinsam mit den USA Russland aus den globalen Energiemärkten zu verdrängen.
- „Echte Sanktionen“ gegen Russland verhängen; russische Banken dürften nicht von den Strafmaßnahmen ausgenommen werden.
- Washington müsse die Verteidigung aufstocken und Russland (und China) zeigen, dass sie mit den eigenen Verteidigungsfähigkeiten „nicht konkurrieren können“ – schließlich sei Russlands Wirtschaft „kleiner als die von Texas“.
- Die Nato müsse „neu belebt“ werden, daher sollen die europäischen Mitglieder „ihren gerechten Anteil zahlen“ und die nationalen Verteidigungsausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.
- Anstatt die Ukraine mit US-Steuern zu unterstützen, soll Kiew möglichst viel Geld geliehen werden, um Russland zu besiegen.
- Sämtliche Beschränkungen für die Nutzung westlicher Waffen soll aufgehoben werden, damit die Ukraine auch russisches Territorium angreifen kann.

Pompeo betont: Mithilfe dieses Plans würde „eine Position der Stärke wiederhergestellt, und Herr Putin wird verstehen, dass der Krieg beendet werden muss“, auch da der Machthaber mit steigenden Kosten konfrontiert werden würde. Kiew würde „umfangreiche Verteidigungskräfte aufbauen“, sodass „Russland nie wieder angreift“. Und weiter: „Niemand erkennt die Besetzung und angebliche Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland an.“ Die Krim hingegen würde entmilitarisiert und die Ukraine schnellstmöglich Nato-Mitglied werden.

Dass Russland sich angesichts dieser Bedingungen an einen Verhandlungstisch mit Kiew setzen würde, scheint aktuell sehr unwahrscheinlich, kommentiert die Frankfurter Rundschau. Auch, weil Pompeo darüber hinaus einen EU-Beitritt der Ukraine vorsieht. Doch nur dann, wenn Wladimir Putin die Bedingungen aus den USA billigen würde, würde der Westen die Sanktionen „schrittweise aufheben“. Mit dem Nato-Beitritt der Ukraine würden sie schließlich vollständig aufgehoben.

[„Krieg endet sofort“: Ex-Minister prognostiziert Trumps „Friedensplan“ für die Ukraine](#)

---

## **Meldepflicht für Finanzinstitute mit russischen Staatsgeldern**

Das OFAC hat eine neue Meldepflicht für Finanzinstitute erlassen, die russische Staatsgelder halten. Gemäß Abschnitt 104(a) des Rebuilding Economic Prosperity and Opportunity for Ukrainians Act müssen alle Finanzinstitute, die russische Staatsgelder halten und „wissen oder wissen sollten“, dass sie solche Gelder halten, das OFAC bis zum 2. August 2024 oder innerhalb von 10 Tagen nach ihrer Entdeckung solcher Gelder benachrichtigen. Die Bestimmung sieht vor, dass Finanzinstitute, die Korrespondenz- oder Durchleitungskonten für ausländische Finanzinstitute unterhalten, eine angemessene Sorgfalt walten lassen müssen, um jegliche russischen Staatsgelder auf diesen Konten zu melden.

[download \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov)

---

## **Schlupfloch China – Neue Recherchen der New York Times zu Sanktionsumgehung**

Seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine soll Russland hoch entwickelte Computer-Chips im Wert von vier Milliarden US-Dollar erhalten haben – obwohl die internationalen Sanktionen unter anderem dies verhindern sollten. Das geht aus einer aufwendigen Recherche hervor, die die New York Times am 26. Juli veröffentlicht hat und aus der der Tagesspiegel zitiert. Eine entscheidende Rolle bei der Versorgung Russlands mit High-Tech-Elektronik spielt demnach der Umschlagplatz Hongkong. Die Recherche zeige, „wie wenig die US-Regierung und die großen Tech-Konzerne kontrollieren können, was mit ihren Technologien geschieht“, schreiben die New York Times-Autoren. Große US-Unternehmen schickten ihre High-Tech-Elemente nach China, damit sie dort zum Beispiel zu einem Smartphone zusammengebaut werden. Ein Teil der Bauteile verschwinde dann einfach – und lande schließlich in Russland.

Ein anderes Modell seien Briefkastenfirmen, die von russischen Geschäftsleuten oder Mittelsmännern betrieben würden. Sie kauften Elektronik und schafften sie nach Russland. Würden die Firmen verboten oder sanktioniert, tauchten schnell neue auf. Die NYT-Journalisten gehen davon aus, dass China den Handel nach Russland zumindest deutlich beschränken könne – wenn Peking es denn wolle.

[Ukraine-Invasion, Tag 880: Wie Russland Technologie-Sanktionen umgeht \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de)

---

## **Ausweitung der Sekundärsanktionen**

Bereits am 22. Dezember erließ US-Präsident Joe Biden die Executive Order (E.O.) 14114, die E.O. 14024 abändert und dem Office of Foreign Assets Control (OFAC) die Befugnis gibt ausländische Finanzinstitutionen wegen der Beteiligung an bestimmten Transaktionen ins Visier zu nehmen. Das Office of Foreign Assets Control OFAC hat jetzt die Formulierung „Secondary sanctions risk: laut Abschnitt 11 der Executive Order 14024“

bei tausenden Einträgen auf Russland-Sanktionslisten hinzugefügt. Ausländische Finanzinstitute, die bedeutende Transaktionen durchführen oder erleichtern oder Dienstleistungen erbringen, von denen Russlands militärisch-industriellen Basis profitiert, laufen dadurch Gefahr, für die Erleichterung von Transaktionen mit sanktionierten Personen und Unternehmen, die der Executive Order 14024 unterliegen, ebenfalls sanktioniert zu werden.

[SANCTIONS ADVISORY Updated Guidance for Foreign Financial Institutions on OFAC Sanctions Authorities Targeting Support to Russia's Military-Industrial Base \(treasury.gov\)](#)

[Update to Certain Russia-related Listings | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

(FAQ 1146-1157)

[Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----

### **OFAC streicht zwei Personen von Sanktionsliste**

Das OFAC hat Alexey Panferov von seiner Russland-Sanktionsliste und Marina Tsareva von seiner Cyber-Sanktionsliste gestrichen. Es wurden keine Gründe für die Streichung von der Liste genannt.

Alexey Panferov wurde vom OFAC mit der Sovcombank in Verbindung gebracht und im März 2022 ausgewiesen. Marina Tsareva wurde im August 2018 benannt, weil sie angeblich US-Sanktionen umging, indem sie eine Reihe von Unterwasserausrüstungen und Tauchsystemen für russische Regierungsstellen beschaffte.

[Cyber-related Designation Removal; Russia-related Designation Removal; Issuance of Venezuela General License 40C | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----

### **Schuldeingeständnis**

Douglas Edward Robertson, der ehemalige Vizepräsident der in den USA ansässigen KanRus Trading Company Inc., hat sich nach Informationen von GlobalSanctions.com schuldig bekannt, an einer Verschwörung zur Umgehung der US-Ausfuhrkontrollen beteiligt gewesen zu sein, indem er falsche Ausfuhrformulare bei der US-Regierung einreichte und ohne die erforderlichen Genehmigungen des US-Handelsministeriums weiterhin Avionikgeräte an Kunden in Russland exportierte. Der Eigentümer von KanRus hatte sich im Dezember 2023 der gleichen Verschwörung schuldig bekannt.



Hier Informationen zum ganzen Fall:

[Office of Public Affairs | Vice President of Kansas Company Pleads Guilty to Crimes Related to Scheme to Illegally Export U.S. Avionics Equipment to Russia and Russian End Users | United States Department of Justice](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

Das britische Außenministerium hat elf Schiffe neu auf eine Sanktionsliste gesetzt, die der russischen Schattenflotte zugerechnet werden, die weltweit Rohöl zu Abnehmerländern transportiert.

[\(7\) Foreign, Commonwealth & Development Office auf X: „🚢 SANCTIONED: vessels used by Russia to enable illicit trade in Russian oil. Putin’s shadow fleet uses deceptive practices in an attempt to undermine sanctions. It is a serious risk to European maritime security, trade, and the environment. #EPC2024 https://t.co/GbgMZICIXS“ / X](#)

### Sanktionsbericht weist auf Mängel hin

Das britische [Royal United Services Institute](#) (RUSI) hat den ersten Sitzungsbericht seiner **Sanctions Implementation and Strategy Taskforce** veröffentlicht. Die Taskforce wurde eingerichtet, um zu untersuchen, wie das Vereinigte Königreich auf „die Notwendigkeit, Sanktionen gegen Russland zu entwerfen, umzusetzen und durchzusetzen“ und eine unabhängige Sanktionspolitik nach dem Brexit zu entwickeln, reagiert hat, und traf sich zum ersten Mal im Juni 2024. Im ersten Bericht wurden mehrere „Mängel“ in den Sanktionsregelungen des Vereinigten Königreichs festgestellt, die nach dem Brexit neu aufgestellt wurden.

Die Taskforce hebt dabei insbesondere folgende Punkte hervor: Ressourcen und Fachwissen, Zusammenarbeit mit der Industrie, Abstimmung mit internationalen Partnern und eine klare Zielsetzung für die Sanktionspolitik. Die Taskforce war sich einig, dass das Vereinigte Königreich über die Russland-Sanktionen hinaus auf die sich entwickelnden geopolitischen Risiken und neuen Bedrohungen reagieren muss. Die Taskforce wird im Oktober 2024 erneut zusammentreten.

[UK Sanctions Implementation and Strategy Taskforce: First Meeting Report \(rusi.org\)](#)

### Kasachstan

#### Kasachische Händler sollen russische Wertpapiere meiden

Kasachische Verwaltungsgesellschaften sollten russische Wertpapiere bis zum 1. August aus ihrem Kreislauf zurückziehen. Dies wurde von der Verwahrstelle von Kasachstan angeordnet, schreibt das russische Wirtschaftsmedium RBC. Die Entscheidung stehe im Zusammenhang mit US-Sanktionen gegen die Moskauer Börse, die die USA am 12. Juni eingeführt haben. Gleichzeitig erteilten sie der russischen Seite eine zweimonatige Erlaubnis, den Betrieb abzuschließen. Die kasachische Depotbank will diese Frist einhalten, um sich vor Risiken zu schützen.

Nikita Ershov, Anwalt in der Compliance- und Sanktionsrechtspraxis von BGP Litigation kommentiert die Maßnahmen folgendermaßen: „Dies ist eine reine Warnung mit guten Absichten. Die Verwahrstelle weist ihre Kunden darauf hin, dass es notwendig ist, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, da sie sonst später sanktioniert werden könnten. Jetzt geht es nur noch um eine Geste des guten Willens und die Festlegung eines Zeitrahmens, innerhalb dessen der Zentralverwahrer solche Transaktionen abwickeln kann.“

Die Fristen für die Erteilung von Lizenzen sind zwar geregelt, aber der Unterschied besteht darin, dass der kasachische Zentralverwahrer das Datum festlegt - den 1. August. Und die Frist für den Abschluss der Lizenzen ist der 13. August. Die kasachische Depotstelle verwahrt etwa 140 Wertpapiere mit dem Präfix RU - es handelt sich um Staats- und Unternehmensanleihen und Aktien.

Mitte Juni hat das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums die Moskauer Börse, die 13,1 % der KASE-Aktien besitzt, in die Liste der „Special Designated Nationals“ aufgenommen, die unter Sanktionen stehen. Das genaue Volumen der in Kasachstan gehaltenen russischen Wertpapiere wird derzeit noch ermittelt. Bloomberg schätzt jedoch, dass kasachische Makler zwischen März und 1. Dezember 2022 Transaktionen mit russischen Bundesanleihen in Höhe von 1,4 Mrd. USD durchgeführt haben.

[Russian Securities Are Leaving Kazakhstan - Reports - The Times Of Central Asia \(timesca.com\)](https://timesca.com)

[Депозитарий Казахстана попросил вывести из своего контура российские бумаги \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **Oligarchen in der Republik Moldau verbreiten weiter Desinformation – trotz US-Sanktionen**

Trotz der US-Sanktionen verbreiten der flüchtige Oligarch Ilan Shor und seine Verbündeten über die Social-Media-Plattform Facebook weiterhin russische Desinformationen in der Republik Moldau, dies berichtete Euractiv. In einem Jahr, in dem ein Referendum über den EU-Beitritt und eine Präsidentschaftswahl in der Republik Moldau anstehen, gewinne Russlands hybride Kriegsführung durch Shor und andere an Fahrt – und treibe zudem auch die Gewinne von Facebook in die Höhe.

Shor sei seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 zur zentralen Figur in Russlands hybrider Kriegsführung gegen die Republik Moldau geworden. Er halte sich derzeit in Russland auf, nachdem er in der Republik Moldau wegen seiner Rolle beim Diebstahl von einer Milliarde US-Dollar aus drei moldauischen Banken im Jahr 2014 verurteilt wurde. Diese Summe sowie Gelder von Personen, die er als „Sponsoren“ in Russland bezeichnet, verwende er, um verschiedene angeschlossene politische Parteien illegal zu finanzieren, Wähler zu bestechen und gewalttätige Anti-Regierungsproteste in der Republik Moldau zu finanzieren, so Euractiv.

Für die Handlungen wurde Shor von den USA, der EU, dem Vereinigten Königreich und Kanada mit Sanktionen belegt. Trotz der Sanktionen geben Shor und andere flüchtige Oligarchen aber weiterhin Geld für Werbung auf amerikanischen Tech-Plattformen wie Meta aus. In einem am 9. Juli veröffentlichten Bericht, der Euractiv vorliegt, untersuchte die moldauische NGO Watchdog die Ausgaben von Shor auf Facebook und stellte fest, dass Parteien und Einzelpersonen, die mit Shor in Verbindung stehen, im Juni mindestens 30.000 Euro auf der Plattform ausgegeben haben. Aus früheren Watchdog-Berichten geht hervor, dass Shor seit seiner Sanktionierung im Oktober 2022 bis Anfang Juni mindestens 378.700 Euro auf Facebook ausgegeben hat.

Ein weiterer flüchtiger Oligarch, Veaceslav Platon, sei ebenfalls ein großer Spender auf sozialen US-Plattformen. Er wurde von Kanada wegen seiner Bemühungen um die Unterstützung der russischen Destabilisierung der Republik Moldau sanktioniert, nicht jedoch von den USA, der EU oder dem Vereinigten Königreich, wo er sich derzeit aufhält. Platons Werbeausgaben stiegen im Juni ebenfalls an: 25.250 Euro wurden laut Euractiv allein auf Facebook ausgegeben, ein Anstieg um 37 Prozent im Vergleich zum Vormonat.

Während Shors Anzeigen offen prorussische und EU-feindliche Botschaften verbreiten, sind Platons Anzeigen nuancierter. Sie greifen hauptsächlich die moldawische Regierung und Sandu als undemokratisch an und behaupten, dass das EU-Referendum in der Republik Moldau im Oktober nur ein politischer Trick sei. Würden diese Anzeigen in den USA, in der EU oder in anderen Staaten geschaltet, die der politischen Werberichtlinie von Meta unterliegen, würden sie mit Sicherheit gegen die Richtlinien des Unternehmens verstoßen, so Euractiv.

[Trotz Sanktionen: Moldawische Oligarchen verbreiten weiterhin Desinformation – Euractiv DE](#)

## 8. Termine

---

### **Save-the-Date:**

#### **11. Dezember 2024: 7. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum**

Nach aktueller Planung findet am 11. Dezember 2024 das 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum statt, das Ost-Ausschuss, DIHK und AHK Kyjiw wieder gemeinsam mit ukrainischen Partnern organisieren. Bundeskanzler Olaf Scholz hat für den Tag sein Kommen zugesagt. Weitere Informationen folgen.

Alle aktuellen Termine mit Ost-Ausschuss-Beteiligung finden Sie online auf dieser Seite:

[Termine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 9. Tipps & Links

---

Auf Energie.de werden ausführlich die Veränderungen bei den **deutschen Öl-Importen** aufgrund der Sanktionen gegen Russland analysiert. Der Beitrag enthält zahlreiche Grafiken und Analysen auch zu Veränderungen in der ganzen EU. Die Versorgung sei auch ohne Russland möglich, so die Autoren.

[Mineralölversorgung klappt auch ohne Russland \(energie.de\)](#)

-----

**Die Sanktionen gegen Russland seien weitgehend gescheitert**, kommentiert Daniel Stelter in einem Gastkommentar im Handelsblatt. Grund sei das fehlende ökonomische Grundwissen beim Design der Sanktionen. Die Maßnahmen des Westens hätten zu steigenden Preisen für Energierohstoffe geführt und damit Russland enorme Einnahmen ermöglicht, gleichzeitig aber die Energiekosten für den Westen nach oben getrieben. [Gastkommentar - Beyond the obvious: Sanktionen sind gescheitert – Wir zahlen mehr ohne großen Effekt \(handelsblatt.com\)](#)

-----

Auch der Ökonom Vasily Astrov vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche wiiw kommt in diesem Interview mit „**Business Insider**“ zu dem Schluss, **dass die russische Wirtschaft von den westlichen Sanktionen bislang eher profitiert hat** und das Land ökonomisch derzeit gut dasteht. Kurzfristig hätten die Sanktionen dem Westen mehr geschadet als Russland, so Astrov. Russland habe sich wirtschaftlich gut auf die Sanktionen vorbereitet und verfüge weiterhin über große finanzielle Ressourcen. Defizite beim Zugang zu Hochtechnologie würden sich erst in 10-15 Jahren gravierender auswirken. Kritischer für das Land sei der Verlust von gut ausgebildeten Fachkräften durch Auswanderung und der Arbeitskräftemangel. [Darum schaden Sanktionen der russischen Wirtschaft kaum, laut Ökonom - Business Insider](#)

-----

Acht **europäische Finanzminister** insbesondere aus mittelosteuropäischen und skandinavischen Ländern halten die Sanktionen gegen Russland für durchaus wirksam. Sie verweisen dabei unter anderem auf eine gänzlich veränderte Struktur des russischen Handels und Einbußen bei den Exporteinnahmen zwischen den Jahren 2022 und 2023. Den Zahlen zur russischen Wirtschaft könne man nicht trauen, sie seien durch den Kreml geschönt. Der Guardian berichtet hier: [Russia is lying about its economic strength: sanctions are working – and we need more | Eight European finance ministers | The Guardian](#)

-----

**Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

**BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:**

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

## **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

**BAFA-Telefon-Hotline:** Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

**Fragen zu Ausfuhrvorhaben**, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

**Rechtliche Grundsatzfragen**, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: [ru-embargo@bafa.bund.de](mailto:ru-embargo@bafa.bund.de).

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## **EU-Sanktionen**

[EU-FAQ zu Sanktionen \(Stand 26. Juli\):](#)

[Consolidated version - European Commission \(europa.eu\)](#)

[FAQ zum 14. Sanktionspaket \(25. Juni 2024\):](#)

[Q&A 14th package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

#### **„Whistleblower-Tool“ der EU**

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----  
Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

-----  
Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----  
„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

#### **Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

-----



## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

-----

## **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

-----

## **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

-----

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

-----

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

*Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).*

#### **Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs  
A.Metz@oa-ev.de  
T. +49 (0)30 206167-120  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

